



Wortprotokoll

Der 266. Sitzung vom 28. September 1988

Resoconto integrale

della seduta n. 266 del 28 settembre 1988

IX. Legislatur
IX. Legislatura
1983 - 1988



CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
SÜDTIROLER LANDTAG

SEDUTA 266. SITZUNG
28.9.1988

INDICE

Disegno di legge provinciale n. 194/88: "Norme a favore dei neolaureati in medicina, abilitati all'esercizio della professione medico-chirurgica, i quali esercitano il volontariato nelle strutture sanitarie provinciali" pag. 4

Nomina della commissione prevista all'articolo 3 della legge provinciale 10 agosto 1988, n. 28 pag. 40

INHALTSANGABE

Landesgesetzentwurf Nr. 194/88: "Bestimmungen zugunsten von Jungakademikern mit Staatsprüfung, die als Volontärärzte in den Gesundheitseinrichtungen arbeiten" Seite 4

Ernennung der Kommission laut Landesgesetz Nr. 28 vom 10. August 1988 . . . Seite 40

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

Dr. OSKAR PETERLINI

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

ORE 10.42 UHR
(Namensaufruf - Appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet.
Ich ersuche um die Verlesung des Sitzungsprotokolles.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): (Legge il processo verbale - verliest das Sitzungsprotokoll)

PRÄSIDENT: Wenn keine Einwände erhoben werden, so gilt das Protokoll als genehmigt.

Mitteilungen des Präsidiums:

Es wurde eine Anfrage eingebracht: Nr. 796/88 (Tribus, Langer), betreffend das Problem der Stellplätze für Zigeuner.

Für die heutige Sitzung haben sich die Abgeordneten D'Ambrosio, von Egen, Kiem, Ladurner-Parthanes, Magnago, Mayr, Meraner, Messner, Montali, Sfondrini, Valentin und Zelger entschuldigt.

Ich möchte den Terminkalender bekanntgeben, den die Fraktionsführer heute vormittag beschlossen haben, damit sich alle darauf einrichten können. In dieser Woche haben wir noch am Freitag ganztägig Landtagssitzung, dann ist geplant Landtagssitzungen abzuhalten am 4. und 5. Oktober, also Dienstag und Mittwoch nächster Woche, und am Freitag, den 7. Oktober, immer Vormittag und Nachmittag, am Dienstag, den 11. Oktober, Mittwoch, den 12. Oktober, und Freitag, den 14. Oktober der übernächsten Woche. Bis dahin wurde der Terminkalender abgesteckt, unter dem Vorbehalt, daß eventuelle andere Sitzungen noch anberaumt werden und gemeinsam beschlossen werden können. Nachtsitzungen müssen eventuell noch vereinbart werden.

Damit kommen wir zur Wiederholung der Abstimmung über die Vorverlegung des Tagesordnungspunktes Nr. 18, da in der gestrigen Sitzung die Beschlußfähigkeit nicht gegeben war. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung - votazione per scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: abgegebene Stimmzettel 27 (vorgeschriebene Mehrheit 18), Ja 20, Nein 4, 3 weiße Stimmzettel. Damit ist die Vorverlegung genehmigt.

Punkt 18 der Tagesordnung: "Landesgesetzentwurf Nr. 194/88: "Be-

stimmungen zugunsten von neu promovierten Ärzten mit Staatsprüfung, die als Volontärärzte in den Sanitätsstrukturen arbeiten".

Punto 18) all'ordine del giorno: "Disegno di legge provinciale n. 194/88: "Norme a favore dei neolaureati in medicina, abilitati all'esercizio della professione medico-chirurgica, i quali esercitano il volontariato nelle strutture sanitarie provinciali".

Das Wort hat Landesrat Saurer zur Verlesung des Begleitberichtes.

SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP): In Südtirol gibt es derzeit rund 50 neu promovierte Ärzte mit Staatsprüfung, die als Volontärärzte unentgeltlich bei den Sanitätseinheiten arbeiten.

Es gibt verschiedene Ursachen dafür, weswegen die neu promovierten Ärzte gezwungen sind, als Volontärärzte zu arbeiten:

1. kontingente, vorübergehende Ursachen,
2. bürokratische Ursachen des Systems der Stellenbesetzung,
3. Überangebot an Ärzten in einigen Sektoren.

1. Kontingente, vorübergehende Ursachen:

Seit 1982 sind die Personalaufnahmen bei den Sanitätseinheiten sehr erschwert worden. Öffentliche Wettbewerbe sind, aus verschiedenen Gründen, keine durchgeführt worden.

Erst im Herbst 1987 sind wiederum Wettbewerbe für Ärzte durchgeführt worden.

2. Bürokratische Ursachen des Systems der Stellenbesetzung:

Auch wenn die Personalaufnahme bei den Sanitätseinheiten normal abläuft - alljährliche öffentliche Wettbewerbe - wird es immer noch Volontärärzte, oder zeitweise arbeitslose Ärzte geben. Die Wettbewerbe werden einmal im Jahr ausgeschrieben. Bei der Ausschreibung muß der Kandidat alle Voraussetzungen haben (Studiendiplom, Staatsprüfung, usw.). Wer die Staatsprüfung erst nach dem Termin des Wettbewerbes ablegt, kann erst im nächsten Jahr am Wettbewerb teilnehmen. Andererseits dauert die Durchführung der Wettbewerbe voraussichtlich 8 bis 10 Monate. Während dieser Zeit können die ausgeschriebenen Stellen provisorisch besetzt werden. Dafür wird zuerst die Rangordnung des Vorjahres herangezogen. Die Neuärzte kommen voraussichtlich auch für die Beauftragungen noch gar nicht zum Zuge. Es wird also aus rein bürokratischen Ursachen des Systems der Stellenbesetzung nach Wettbewerben immer Volontärärzte geben.

3. Teilweises Überangebot als Ursache:

Es kann aber auch das Problem eines teilweisen Überangebotes an Ärzten auf uns zukommen. - Siehe andere Regionen, siehe auch Österreich, wo kürzlich 70 Gruppen von arbeitslosen Ärzten zur landesweiten Erhebung des Bluthochdruckes bei der Bevölkerung eingesetzt worden sind.

Bei uns kann es soweit kommen, daß es in wenigen Sektoren und Fachgebieten ein Überangebot an Ärzten gibt und daß es andererseits in gewissen Fachgebieten einen Mangel an Fachärzten gibt.

Der Entwurf des neuen Gesundheitsplanes sieht ungefähr 580 bedienstete Ärzte und 690 konventionierte Ärzte vor.

Heute schon scheinen im Ärztealbum der Provinz Bozen mehr als 1.200 Ärzte auf. Es konnte bei der Ärztekammer nicht erhoben werden, wieviele von diesen Ärzten derzeit in der Provinz Bozen arbeiten. Einige der im Album verzeichneten Ärzte werden noch in der Fachausbildung sein, andere werden außerhalb des Landes arbeiten und wieder andere werden keine Arztpraxis mehr führen.

Das Assessorat wird sich demnächst bemühen, genaue Daten über die Anzahl der im Lande tätigen Ärzte, der in der Facharztausbildung stehenden Ärzte und der Studenten, die auf den medizinischen Fakultäten inskribiert sind, zu erheben.

Jedenfalls wird das Problem der Volontärärzte auch aufgrund eines Überangebotes auf gewissen Sektoren auf uns zukommen.

Das Problem der Volontärärzte kann durch die Gewährung von Beiträgen gelöst oder wenigstens teilweise gemildert werden. Beiträge für Volontärärzte können von zwei Seiten her befürwortet werden:

a) Das Landesgesetz Nr. 1 vom 17. Jänner 1977 sieht für neu-promovierte Ärzte, welche das Praktikum vor der Staatsprüfung absolvieren, einen Beitrag in Höhe von 50% des tabellarischen Gehaltes ohne weitere Zulagen eines Assistenten vor.

Dasselbe Landesgesetz sieht auch Beiträge für Medizinstudenten, welche wenigstens 50% der Universitätsprüfungen bestanden haben und in einem Krankenhaus der Provinz familieren, vor. Diese beiden Fälle gehören noch zur Ausbildung. Das Volontariat könnte praktisch als Weiterbildung betrachtet werden. Wenn die einen einen Beitrag erhalten, warum nicht die anderen?

b) Durch das Landesgesetz Nr. 11 vom 11. März 1986 wird der vorübergehende Einsatz von Arbeitslosen geregelt und finanziert. Die Volontärärzte sind Arbeitslose, die unentgeltlich eine Arbeit verrichten. Auch sie sollten einen entsprechenden Beitrag erhalten.

Dieses Gesetz soll die Gewährung von Beiträgen an Volontärärzte einführen, regeln und finanzieren. Vorgesehen wird ein monatlicher Beitrag in Höhe des tabellarischen Anfangsgrundgehältes eines Assistenten ohne weitere Zulagen (eine Million monatlich).

Nella Provincia di Bolzano risultano 50 neolaureati in medicina e chirurgia generale, abilitati all'esercizio professionale medico-chirurgico, i quali esercitano il volontariato presso le unità sanitarie locali.

Si possono indicare diverse cause, per cui i medici neolaureati sono costretti ad esercitare il volontariato:

- 1) cause contingenti e transitorie,
 - 2) cause burocratiche inerenti al sistema della copertura dei posti,
 - 3) offerta eccessiva di medici in alcuni settori.
- 1) Cause contingenti e transitorie:

Fin dal 1982 le nuove assunzioni nelle unità sanitarie sono state rese

molto difficili. Per vari motivi non sono più stati banditi concorsi pubblici.

Solo nell'autunno 1987 sono stati espletati nuovamente concorsi per medici.

2) Cause burocratiche inerenti al sistema della copertura dei posti:

Anche con la normale assunzione del personale presso le unità sanitarie locali - concorsi pubblici annuali - ci saranno sempre dei medici che devono esercitare il volontariato o medici temporaneamente disoccupati. I concorsi verranno banditi una volta all'anno. I candidati devono essere in possesso di tutti i requisiti richiesti (laurea, abilitazione, ecc.). Chi consegue l'abilitazione all'esercizio della professione dopo il termine del bando, potrà partecipare soltanto al bando dell'anno successivo. Dall'altra parte l'espletamento del bando si protrarrà probabilmente fino a 8-10 mesi. Durante questo periodo i posti banditi potranno essere coperti provvisoriamente, attingendo prima dalla graduatoria dell'anno precedente. Ai neolaureati probabilmente non toccherà neanche un incarico provvisorio. E' chiaro che per le cause puramente burocratiche inerenti al sistema della copertura dei posti con concorsi pubblici ci saranno sempre medici che devono esercitare il volontariato.

3) Un'offerta eccessiva:

Potrà verificarsi anche da noi un'offerta eccessiva di medici in qualche settore - vedi altre Regioni, vedi anche l'Austria, ove recentemente sono stati istituiti 70 gruppi di medici disoccupati per rilevare su tutto il territorio nazionale la pressione (alta) del sangue dei cittadini.

Da noi può verificarsi un giorno un'offerta eccessiva di medici in certi settori e per certe specialità e nello stesso tempo una carenza di medici specialisti in certi altri settori.

La bozza del nuovo piano sanitario prevede circa 580 medici dipendenti e 690 medici convenzionati.

Nell'Albo dei medici della Provincia di Bolzano già oggi risultano iscritti oltre 1.200 medici. Non è possibile accertare presso l'Ordine dei Medici, quanti medici esercitano la loro professione nella Provincia. Alcuni medici iscritti nell'albo espletano ancora la loro specializzazione, altri lavorano fuori Provincia ed altri ancora forse non esercitano più la professione.

L'assessorato sarà impegnato nel prossimo futuro a rilevare dati certi sul numero dei medici operanti in Provincia, sul numero dei medici specializzandi, e sul numero degli studenti iscritti nelle facoltà di medicina e chirurgia generale. Certamente anche per la causa dell'offerta eccessiva di medici in certi settori avremo il problema dei medici che devono esercitare il volontariato.

Il problema dei medici, i quali esercitano il volontariato, può essere risolto o almeno alleggerito in parte con la concessione di contributi.

Tali contributi possono essere sostenuti da due diversi punti di vista:

- a) La legge provinciale 17 gennaio 1977, n. 1, prevede per i neolaureati in medicina che frequentano il tirocinio pratico prima dell'esame di

Stato un contributo dell'ammontare del 50% dello stipendio tabellare dell'assistente. La stessa legge prevede anche contributi per studenti in medicina, che hanno superato almeno il 50% degli esami universitari e che frequentano un ospedale della provincia. Queste due fattispecie rientrano ancora nella formazione. Il volontariato praticamente potrebbe essere considerato un aggiornamento. Se gli uni percepiscono un contributo, perché non anche gli altri?

- b) Con la legge provinciale 11 marzo 1986, n. 11, viene regolato e finanziato l'impiego temporaneo di lavoratori disoccupati. I medici, i quali esercitano il volontariato, sono medici disoccupati che lavorano senza retribuzione. Anche loro dovrebbero percepire un contributo corrispondente.

Questa legge provinciale ha lo scopo di introdurre, regolare e finanziare la concessione dei contributi ai medici, i quali prestano il volontariato. Sono previsti contributi mensili dell'ammontare dello stipendio tabellare iniziale dell'assistente, senza altre indennità (un milione al mese).

PRÄSIDENT: Das Wort hat Abgeordneter D'Ambrosio zur Verlesung des Berichtes der vierten Gesetzgebungskommission.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): La quarta Commissione legislativa si è riunita nel giorno 19 maggio 1988 per esaminare il disegno di legge provinciale n. 194/88: "Norme a favore dei neolaureati in medicina, abilitati all'esercizio della professione medico-chirurgica, i quali esercitano il volontariato nelle strutture sanitarie provinciali".

Dopo l'illustrazione dell'Assessore Dr. Otto Saurer, che era accompagnato dal funzionario Dr. Kessler, il Presidente D'Ambrosio, pur riconoscendo la validità della proposta legislativa, ho posto l'accento sull'organizzazione della prevenzione nel campo sanitario, che potrebbe essere migliorata con l'utile impiego proprio dei medici neolaureati soprattutto nei luoghi di lavoro dove l'impiego della manodopera è molto consistente. Altri Commissari hanno rivolto alcune richieste di chiarimento, che sono state fornite dall'Assessore Saurer e dal Dr. Kessler.

Infine la Commissione ha approvato all'unanimità sia i tre articoli che il disegno di legge nel suo complesso, apportando una lieve modifica linguistica alla seconda frase del primo comma dell'art. 1, che inizia con le seguenti parole: "Su domanda degli interessati".

Die IV. Gesetzgebungskommission ist am 19. Mai 1988 zusammengetreten, um den Landesgesetzentwurf Nr. 194/88: "Bestimmungen zugunsten von neu promovierten Ärzten mit Staatsprüfung, die als Volontärärzte in den Sanitätsstrukturen arbeiten" zu prüfen.

Nach Erläuterung der Maßnahme durch Landesrat Dr. Otto Saurer, der mit dem Beamten Dr. Kessler an der Sitzung teilnahm, ergriff der Kommissionsvorsitzende D'Ambrosio das Wort. Obwohl er die Nützlichkeit des Ge-

setzentwurfes anerkannte, unterstrich er die Notwendigkeit, der Vorbeugung im Gesundheitswesen ein größeres Gewicht beizumessen; dies könnte gerade durch den Einsatz von neu promovierten Ärzten vor allem in jenen Betrieben erreicht werden, die eine große Anzahl von Arbeitskräften beschäftigen. Andere Kommissionsmitglieder stellten Fragen zwecks Klärung einiger Sachverhalte, die von Landesrat Saurer und Dr. Kessler beantwortet wurden.

Die Kommission genehmigte mit Stimmeneinhelligkeit sowohl die drei Gesetzesartikel als auch den Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit; im zweiten Satz des 1. Absatzes des Art. 1 wurde eine kleine sprachliche Änderung am italienischen Text vorgenommen. Der Satz beginnt jetzt mit den Worten: "Su domanda degli interessati."

PRÄSIDENT: Die Generaldebatte ist eröffnet. Wer meldet sich zu Wort? Abgeordneter Langer.

LANGER (AS): Danke, Herr Präsident! Ich will nur kurz sagen, daß wir diesem Gesetzentwurf positiv gegenüberstehen, wie wir schon in der vierten Kommission gesagt haben, weil damit eine bessere Ausbildung und eine bessere Verwendung der Jungärzte gewährleistet und weil dadurch letztlich auch eine medizinische Versorgung der Bevölkerung geleistet wird. Allerdings glauben wir, daß eine solche Maßnahme auch im Zusammenhang mit der medizinischen Grundversorgung gesehen werden muß und daß dort unserer Meinung nach in Zukunft mit allem Nachdruck eine Situation hergestellt werden muß, daß junge Ärzte Sprengel zugewiesen bekommen, in denen nicht übermäßig viele Patienten eingetragen sind, so daß sich Fälle wie z.B. derzeit in Truden und Aldein nicht mehr wiederholen können, wo anscheinend, um einem Jungarzt einen genügend großen Sprengel zu garantieren, eine schlechtere Versorgung der Bevölkerung, siehe Truden, von der Landesregierung scheinbar hingenommen wird und wo auch den Jungärzten gegenüber vielleicht doch ein zu hoher Standard garantiert wird. Ich glaube, daß es nicht notwendig ist, daß gerade in einem Landgebiet, wie es bei uns die Überzahl der Fläche unseres Landes darstellt, ein Arzt z.B. 2.500 Patienten haben muß. In einem Landgebiet, glaube ich, daß ein Arzt beispielsweise auch mit 1.500 Patienten genug zu tun hat und daß wir deswegen nicht aus der bisherigen Mangelsituation, die ja zugegebenermaßen herrscht, gewissermaßen die Folge ableiten sollten, daß in Südtirol einem Arzt ein so hoher Patientenstandard garantiert sein muß, eben 2.000 oder gar mehr Patienten, weil es sonst für ihn finanziell gar nicht interessant sei.

Ich glaube, daß man darauf hinarbeiten muß, daß auch Ärzte mit einem zumutbaren, aber nicht übertriebenen Einkommen auskommen und daß deswegen eine Maßnahme wie diese, die den Volontärärzten eine bestimmte finanzielle Absicherung bietet, dann von den Ärzten auch so verstanden werden möge, daß sie sich dann nicht nachher sozusagen für die Durststrecke dadurch revanchieren wollen, daß sie nachher übermäßig viel verdienen. Ich glaube, daß wir auf eine Situation hinarbeiten müssen, wo Ärzte erst nicht jahrelang gewissermaßen hungern müssen, bis sie etwas verdienen, wo sie sich dann aber nachher gewissermaßen nicht im Ausgleich für die Jahre schadlos halten wollen oder müssen, in denen sie gehungert haben.

In diesem Sinne also sind wir für diese Gesetzesmaßnahme und sprechen uns dafür aus, daß die ärztliche Grundversorgung in unserem Land so

gehandhabt und geregelt wird, daß ein zahlenmäßig erträgliches Verhältnis zwischen Patientenanzahl und Ärzten hergestellt wird und daß möglichst viele Ärzte eine Ausbildung durchmachen, die sie polyvalent für verschiedene Aufgaben im Gesundheitsdienst befähigen möge. Danke!

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Signor Presidente, colleghi e colleghe. Non impiegherò molto tempo nel ribadire una posizione del nostro gruppo su questo provvedimento che tra l'altro condividiamo.

Colgo semplicemente l'occasione per sottolineare nuovamente una nostra valutazione, assai diversa da certi luoghi comuni, che fanno intendere come siano troppi i medici nel nostro e forse non solo nel nostro Paese. Possono essere troppi se sono usati come ora, se hanno le attuali funzioni, ma se una società moderna ed evoluta all'altezza di queste civiltà, in parte esistenti ed in parte da raggiungere, utilizza fino in fondo le acquisizioni che il genere umano ha ottenuto dal punto di vista professionale, il campo della medicina è ampio. Per il miglioramento deciso delle condizioni di vita e di lavoro dei cittadini, dico che c'è posto non solo per i medici attuali ma anche per i futuri. Dico che le teorie in ordine al cosiddetto numero chiuso, tendenti a limitare l'inserimento nella professione di coloro i quali vogliono ambire a diventare medici, diventano forzature. Qual è il versante sul quale operare?

Questo è il nocciolo della questione. Con questo provvedimento si dice "per facilitare una certa esperienza", comunque un inserimento nelle strutture sanitarie o comunque ospedaliere. Si potrebbe concorrere in questa maniera a sfoltire una piazza che probabilmente qualcuno pensa affollata. In effetti - ecco il rapido collegamento con il provvedimento di legge che abbiamo esaminato nelle scorse settimane tendente a migliorare le condizioni nei luoghi di lavoro, l'antiinfortunistica - se noi pensiamo che sul piano preventivo c'è il terreno di queste azioni, ecco già emergere tutto un terreno di iniziativa dove occorre cogliere queste conoscenze e formazioni professionali affinché il cittadino non abbia poi da lamentarsi e dunque ricorrere alle strutture sanitarie per infortuni o malattie. A questo punto aggiungo che poco conta se si tratta di malattie professionali acquisite per un modo di vita sballato. Qui c'è solo, non dico da sbizzarrirsi, ma da aprire il campo a quelle che sono le gamme di possibilità offerte ove pensassimo ad una educazione alimentare, a quanti infortuni ci sono nei luoghi domestici, a quante sostanze si manipolano con incuria. Una opera dunque di educazione nelle scuole, nei grandi consorzi umani, dove in sostanza c'è tanta gente per far sì che tutti questi comportamenti vengano corretti ed attraverso queste correzioni evitare malattie, disagi e conseguenze negative.

Il medico non lo dobbiamo più concepire come la persona che a valle opera quando ci sono delle deficienze fisiche, occorrerà certamente anche questo, ma occorrerà soprattutto cambiare e modificare dei modelli di vita e di comportamento che provocano certe situazioni. Questo prende il nome di prevenzione, perché per prevenire occorrono anche apporti speci-

fici di questa natura. In sostanza quando ci sono delle persone che hanno l'ulcera, occorrerà certamente una diagnosi e sulla base di questa e di tante altre diagnosi bisognerà capire come questa persona si alimenta, perché probabilmente ingerisce dei cibi, oppure conduce un modo di vita che può comportare questo danno. Il medico allora non deve più solo curare come può il soggetto, ma deve andare a monte e dare degli indirizzi di comportamento per evitare che si generino queste situazioni. Il ragionamento, se volete, è troppo evidente per meritare eccessive esemplificazioni. Può essere nell'uso di sostanze nocive, nei luoghi di lavoro. Ne abbiamo parlato anche per quanto riguarda l'agricoltura ed abbiamo visto quanti incidenti ci sono. Il medico non può solamente limitarsi ad attaccare magari un dito amputato o ferito, cosa che pure va fatta. Ma deve anche capire come un dato lavoratore presta la propria opera e capire che cosa si deve fare per evitare che si possa infortunare. Gli esempi si possono moltiplicare, basta avere la pazienza di fare questa ricognizione.

Con questo provvedimento di legge si va in questa direzione tenendo conto però che questo come altri provvedimenti non è in fin dei conti un miracolo dell'era contemporanea. Di questo me ne rendo perfettamente conto, e dico sì, io parto dalla convinzione che se forniamo queste occasioni di utilizzo fino in fondo di professionalità - e questo è il caso dei medici abilitati - non solo creiamo delle occasioni di esperienze per i medici e assorbiamo nell'ambito del nostro territorio coloro i quali sono in possesso di certi requisiti, ma concorriamo con tutta una serie di prestazioni preventive che ci comportano una ricaduta semplicemente positiva sotto ogni punto di vista. Concorriamo a far stare meglio, chiaramente nei limiti delle umane possibilità, la nostra popolazione. Se è vero come è vero che prevenire è meglio di curare, credo che insieme alla salute dei cittadini curiamo la salute finanziaria della nostra Provincia.

Concludo con questo semplice richiamo. Nelle prossime settimane molto probabilmente discuteremo del bilancio di previsione del 1989 per evitare anche delle vacanze di ordine legislativo e finanziario. Scopriremo una volta di più l'entità del finanziamento del nostro sistema sanitario provinciale, e secondo i dati più recenti mi pare sia di oltre il 19-20% dell'intero bilancio provinciale. Questo la dice lunga sull'entità delle risorse che utilizziamo per la salute dei nostri cittadini. Se noi tuteliamo la salute evitando che uno cada negli inghippi che prima ricordavo, credo che oltre a benefici del diretto interessato, nelle nostre popolazioni ci sia un beneficio nel senso che prima dicevo. Se noi facciamo affidamento anche su questi provvedimenti, sono convinto che ci sia spazio per tutti gli operatori sanitari così concependo le loro prestazioni. Per questo non bisogna operare solo sull'esistente ma anche su quel gradino in avanti, quel passo in avanti nella direzione che mi sono permesso di porre alla Vostra attenzione.

SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP): Es hat in der Vergangenheit Situationen gegeben und es wird sie auch in Zukunft geben, daß wir Volontärärzte mit Staatsprüfung haben werden, und zwar vielleicht eher aus den Gründen, die mit der Stellenbesetzung in Zusammenhang stehen und nicht mit den entsprechenden Zeiten. Tatsache ist, daß wir wohl einige Familienväter haben, die jetzt 30 und auch mehr Jahre alt sind, die aus einkommensschwachen Familien kommen, die bis zur Staatsprüfung zumindest 500.000 Lire bekommen und in dem Moment, wo sie die Staatsprüfung absolviert haben, wenn sie noch weiter Volontärärzte bleiben wollen, aufgrund der jetzigen Gesetzeslage nichts mehr bekommen, so daß wohl einige die Grundfürsorge in Anspruch nehmen werden müssen. Ich weiß nicht, ob das richtig ist, nachdem hier doch eine Leistung erfolgt als Volontärarzt, daß man die Leute nach so vielen Jahren Studium zur Grundfürsorge zwingen sollte. Infolgedessen, glaube ich, daß das Gesetz sinnvoll ist, sinnvoll auch unter dem Aspekt, den auch schon Kollege D'Ambrosio erwähnt hat, daß diese Kapazitäten in unserem System sinnvoll in den verschiedensten Bereichen eingesetzt werden können und das sollten wir auch tun.

Was dann die Grundversorgung anbelangt, von der Kollege Langer gesprochen hat, muß ich darauf hinweisen, daß sich die Situation seit den Jahren 1984-85 nicht wesentlich verbessert hat, und zwar deshalb, weil wir das dreijährige Praktikum eingeführt haben, also seit 1985 ist fast kein neuer, junger Allgemeinpraktiker mehr eingesetzt worden. Das bedeutet, daß der Schlüssel immer noch bei 2.500 Patienten liegt, natürlich viel zu hoch, die vernünftige Anzahl wäre sicher 1.500, aber man kann natürlich einen Einzelfall, wie den Fall Truden, nicht herausgreifen und dann sagen, belassen wir die Situation so wie sie ist.

LANGER (AS): (Unterbricht)

SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP): Aber man kann nicht darauf hinweisen, daß hier irgendeiner Gemeinde irgendein Arzt, der zusätzlich den Titel noch nicht hat, genommen wird. Wir haben jetzt ein System eingerichtet, daß jeder ein Praktikum haben muß. Die Stelle Aldein-Truden ist mit einem neuen Arzt besetzt worden und es heißt im Beschluß und überhaupt im System, das wir zur Zeit haben, in dem Moment, wenn ein Arzt mit dem Titel kommt, muß natürlich der Arzt, der nicht den Titel hat, den Platz lassen. Ich glaube, das kann nicht im Einzelfall gesehen werden, das kann nur eine generelle Operation sein. Wir haben noch Stellen im Lande, die nicht besetzt sind, und zwar auch mit 2.500 Patienten nicht besetzt sind. Infolgedessen, bevor nicht alle Stellen mit einem Schlüssel von 2.500 besetzt sind, kann man nie davon ausgehen, diesen Schlüssel herunterzusetzen und das würde bedeuten, daß wir die Peripherie, weil jeder Arzt hat natürlich das Bestreben, fast durchwegs in die zentralen Orte zu gehen, das sehen wir, wenn irgendeine Stelle frei wird - es gibt Einzelfälle, Missionare gibt es natürlich in jedem

Bereich -, aber 70% bis 80% der Fälle, wenn eine Stelle in einem zentralen Ort frei wird, gehen dorthin. Wenn wir jetzt die Zahl heruntersetzen würden, wo wir mit 2.500 Patienten auch noch nicht alle Stellen besetzt haben, dann würde das bedeuten, daß wir die Peripherie irgendwo nicht mehr recht betreuen können und infolgedessen wieder in neue Schwierigkeiten kommen. Wir haben alle Möglichkeiten unseres Systems ausgeschöpft, die Leute auszubilden, und wir können jetzt natürlich nicht auf Anrieb, selbst wenn der eine und der andere noch verfügbar wäre, 100 Leute ausbilden, denn die müssen ja ordentlich ausgebildet werden und dazu braucht es Plätze. Über diese Zahl hinaus, die wir festgelegt haben, gibt es ja auch noch die Informationsassistenten usw. und können wir diese Leute sinnvollerweise nicht ausbilden. Infolgedessen, die Grundtendenz, die hier angezeigt worden ist, ist richtig, wir müssen versuchen, gerade die Grundversorgung wesentlich zu verbessern, allerdings kann das nur graduell gehen und man kann vielleicht daran denken, im Jahr 1990 diese Gesamtzahlen etwas herunterzusetzen.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Rag. ROLANDO BOESSO

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Dichiaro chiusa la discussione generale e pongo in votazione il passaggio alla discussione articolata: approvato a maggioranza con 1 astensione.

Vi comunico che al titolo e al testo dell'art. 1 della Commissione sono state apportate delle modifiche. Il titolo avrà la seguente dizione: "Bestimmung zugunsten von Jungakademikern mit Staatsprüfung, die als Volontärärzte in den Gesundheitseinrichtungen arbeiten".

Art. 1

Compensi ai medici neolaureati che esercitano il volontariato

- (1) I neolaureati in medicina e chirurgia generale abilitati all'esercizio della professione medico-chirurgica, con cittadinanza italiana e residenza in provincia di Bolzano, possono, entro due anni dal conseguimento dell'abilitazione, essere ammessi, nel limite massimo del 15% dei posti in organico degli assistenti e degli aiuti della relativa struttura, al volontariato presso un ospedale o altre strutture del servizio sanitario provinciale. Su richiesta degli interessati può essere concesso un compenso mensile pari all'ammontare dello stipendio base tabellare iniziale attribuito all'assistente medico, esclusa ogni altra indennità, e per la durata massima di un anno.
- (2) I criteri di selezione, nel caso di un numero di domande eccedenti la possibilità di ammissione al volontariato, nonché la procedura per il pagamento del compenso, in relazione al monte orario del volontariato prestato, sono stabiliti nel regolamento di esecuzione della presente legge.
- (3) L'unità sanitaria locale decide sull'impiego del singolo medico che presta il volontariato secondo comprovate esigenze di servizio.

Beiträge für Jungakademiker, die als Volontärärzte arbeiten

(1) Ärzte mit Staatsprüfung, welche im Besitze der italienischen Staatsbürgerschaft sind und in Südtirol ihren Wohnsitz haben, können innerhalb von zwei Jahren nach Ablegung der Staatsprüfung im Rahmen von 15% der Planstellen für Assistenz- und Oberärzte der einzelnen Gesundheitseinrichtungen zum Volontariat in einem Krankenhaus oder in einer anderen Einrichtung des Landesgesundheitsdienstes zugelassen werden. Ihnen wird auf Antrag für höchstens ein Jahr ein monatlicher Beitrag in der Höhe des tariflichen Anfangsgrundgehaltes eines Assistenzarztes gewährt. Zulagen beliebiger Art dürfen nicht gezahlt werden.

(2) Mit Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz werden die Auswahlkriterien für den Fall, daß mehr Anträge eingereicht werden als Ärzte zum Volontariat zugelassen werden können, sowie das Verfahren für die Zahlung der Beiträge festgelegt, deren Höhe je nach der Zahl der vom Volontärarzt geleisteten Arbeitsstunden festgesetzt wird.

(3) Die Sanitätseinheit entscheidet je nach begründetem Diensterfordernis über den Einsatz des einzelnen Volontärarztes.

A questo articolo é stato presentato un emendamento dall'assessore Saurer che dice: "Il testo dell'art. 1, comma 1, righe 1, 2 e 3: "I neolaureati in medicina e chirurgia generale abilitati all'esercizio della professione medico-chirurgica, con cittadinanza italiana e residenti in provincia di Bolzano", viene sostituito col seguente: "I neolaureati in medicina e chirurgia generale abilitati all'esercizio della professione medico-chirurgica, con cittadinanza italiana e residenti in provincia di Bolzano e che sono in possesso del certificato della conoscenza delle lingue italiana e tedesca di cui al D.P.R. 26 luglio 1976, n. 752, e successive modifiche ed integrazioni."

Der Wortlaut des Art. 1, Absatz 1, Zeile 1, 2 und 3: "Die neupromovierten Ärzte mit Staatsprüfung, welche im Besitze der italienischen Staatsbürgerschaft sind und in Südtirol ansässig sind", wird durch folgenden ersetzt: "Die neupromovierten Ärzte mit Staatsprüfung, welche im Besitze der italienischen Staatsbürgerschaft sind, in Südtirol ihren Wohnsitz haben und im Besitze des Nachweises der Kenntnis der italienischen und der deutschen Sprache gemäß D.P.R. vom 26. Juli 1976, Nr. 752, in geltender Fassung, sind".

A questo emendamento é stato presentato un ulteriore emendamento dai consiglieri Langer e Tribus che dice: "Depennare l'emendamento - den Änderungsantrag streichen."

Chi chiede la parola sull'emendamento Langer/Tribus? Consigliere Langer.

LANGER (AS): Danke, Herr Präsident! Da dieser Gesetzentwurf vorgezogen worden ist, haben vielleicht nicht alle Abgeordneten die Mappe mit den Unterlagen zu diesem Gesetzentwurf vor sich. Deswegen darf ich kurz

die Situation erläutern, die uns zu diesem Abänderungsantrag bewogen hat.

Das Gesetz, so wie es die Kommission verabschiedet hat, ist uns vernünftig vorgekommen, weil es die Möglichkeit gegeben hätte, daß Volontärärzte für ein Jahr bezahlt werden und daß sie somit diese Volontariatszeit irgendwie vergütet bekommen bis zu einem Jahr. Jetzt schlägt die Landesregierung vor, daß diese Volontärärzte, um bezahlt werden zu können, den Zweisprachigkeitsnachweis erbringen müssen. Das ändert den Charakter dieses Gesetzes sehr nachhaltig, denn bedenken wir, wie es heute normalerweise in vielen Fällen mit den neupromovierten Jungärzten aussieht. Viele von denen besuchen die Universität, sei es in Italien, sei es im Ausland, und in vielen Fällen kommt ihnen auch nicht entfernt in den Sinn, während der Studienzeit die Prüfung für den Zweisprachigkeitsnachweis zu machen bzw. vielleicht ist der eine und andere auch einmal angetreten und durchgefallen, auch weil viele Ärzte, während sie studieren, nicht unbedingt davon ausgehen, daß sie in den öffentlichen Dienst einsteigen wollen. Das heißt also, die Notwendigkeit, die Prüfung zu machen und den Zweisprachigkeitsschein zu erwerben, ist nicht von vorneherein gegeben; und jetzt müßten diese Ärzte aber, wenn dieser Antrag von der Landesregierung angenommen würde, auch schon nur um als Volontäre verpflichtet werden zu können, den Zweisprachigkeitsnachweis haben. Dabei handelt es sich hier nicht um ein Anstellungsverhältnis, sondern es geht darum, daß sie ein Jahr lang als Volontäre arbeiten, d.h. es ist eine Situation, die eher mit der eines Stipendiaten zu vergleichen ist als mit der eines öffentlichen Beamten oder Angestellten. Zudem dauert es sowieso nur ein Jahr, d.h. also, maximal können sie für ein Jahr als Volontäre bezahlt werden. Dadurch hätten wir dann die Situation, daß die unbezahlten Volontäre auch nicht zweisprachig sein können, d.h. konkret, daß vom Gesichtspunkt des Patienten her es ihm genauso passieren kann, daß er einen Arzt trifft, der die eine oder die andere Sprache nicht so gut oder überhaupt nicht beherrscht, daß aber, um bezahlt zu werden, der Zweisprachigkeitsnachweis da sein muß. Uns scheint das eine übermäßige Zumutung.

Natürlich wäre es wünschenswert, daß auch Volontärärzte, die ein Jahr lang in einer Erste-Hilfe-Station oder sonst irgendwo arbeiten, zweisprachig sind und ich denke mir, daß sie in den allermeisten Fällen es gerade auch durch die Praxis wohl werden müssen, wenn sie es nicht vorher schon sind. Aber es gibt soundso viele Ärzte, die im großen und ganzen entweder einsprachig italienisch aufgewachsen und ausgebildet sind, oder die einsprachig deutsch aufgewachsen und ausgebildet sind und die dann meistens gerade in solchen Fakultäten eher im Ausland studieren, weil ein Medizinstudium ja nicht wie ein Rechtsstudium z.B. eher in Italien abgewickelt wird und daß dadurch viele von denen absolut nicht imstande sind, auf Anhieb die Zweisprachigkeitsprüfung zu bestehen, bzw. in vielen Fällen momentan vielleicht auch gar kein Termin vorliegt, während sie vielleicht die Möglichkeit hätten, als Volontärärzte angestellt zu werden. Daß zudem durch diesen Passus z.B. Leute, die keine Sprach-

gruppenzugehörigkeitserklärung abgegeben haben, deswegen nicht zur Zweisprachigkeitsprüfung zugelassen werden, die vielleicht deswegen aber genauso zweisprachig sein können, vielleicht ausgezeichnete Ärzte sind oder werden können, überhaupt ausgeschlossen sind, das will ich nur am Rande mit dazu erwähnen.

Deswegen schlagen wir vor, erstens diesen Antrag der Landesregierung zu streichen bzw. appellieren wir an die Landesregierung, den Antrag wieder zurückzuziehen, denn dann könnten wir auf unseren Antrag verzichten und beim Gesetz so bleiben, wie es in der Kommission einhellig verabschiedet worden ist. Wenn Sie auf den Antrag bestehen, dann müssen wir erstens die Streichung vorschlagen und zweitens werden wir als Eventualantrag zumindest den Besitz des Zweisprachigkeitsnachweises von einem unbedingten Erfordernis in einen Vorzugstitel verwandeln, d.h. ein Volontärarzt kann, wenn eine Auslese getroffen werden muß, bei sonst gleichen Bedingungen eher angestellt werden, wenn er den Schein der Zweisprachigkeit besitzt. Deswegen appelliere ich an die Landesregierung, erstens den Antrag zurückzuziehen - in dem Fall natürlich würde unser Streichungsantrag hinfällig - und jedenfalls appelliere ich an den Landtag zu überlegen, ob nicht, wenn man wirklich darauf bestehen will, zumindest diese Herabstufung auf einen Vorzugstitel sinnvoll wäre, daß man sagt, wenn zwei Jungärzte da sind, die sonst gleiche Voraussetzungen mitbringen, dann möge man dem, der den Zweisprachigkeitsschein besitzt, den Vorzug geben. Damit würde man ein Kriterium ins Gesetz aufnehmen, das die Durchführungsverordnung der Landesregierung berücksichtigen müßte. Danke!

KLOTZ (SHB): Man kann die Einwände des Kollegen Langer selbstverständlich verstehen, und es ist möglich, daß es Jungakademiker gibt, auch unter den Ärzten, die den Zweisprachigkeitsnachweis noch nicht vorlegen können, aber ich muß in diesem Zusammenhang auch folgendes zu bedenken geben: Heutzutage, bei der heutigen Arbeitsstellenknappheit, weiß ich aus Erfahrung als Lehrerin an der Oberschule, daß die Studenten sich sehr wohl bewußt sind, daß sie Arbeitschancen, eine Stelle im öffentlichen Dienst zu besetzen, nur dann haben, wenn sie den Zweisprachigkeitsnachweis erbringen können. Also, ich glaube, daß heute die Studenten bereits in den Oberschulen genau verstehen, wie wichtig das ist und ich meinerseits weiß, daß der Großteil der Maturanten an der Schule, an der ich unterrichtet habe, in der Maturaklasse bzw. vorher schon zur Zweisprachigkeitsprüfung angetreten ist. Selbstverständlich bin ich der Meinung, daß dann, wenn eine beschränkte Anzahl von Aufnahmen vorgesehen ist, schon ein Sieb vorhanden sein muß, daß also diejenigen, die diesen Zweisprachigkeitsnachweis erbringen, auch tatsächlich angestellt werden können, den Vorzug haben. Gerade im Krankenhauswesen, wo auch die Volontärärzte vor allen Dingen mit den Patienten zu tun haben, glaube ich schon, daß es unerläßlich ist, daß sie der zweiten Sprache mächtig sind und daß sie den Bedürfnissen der Patienten vor allen Dingen entsprechen, gerade in so einem Sektor. Ich glaube, Kollege Langer, daß die Jungärzte

heute nicht mehr so in den Tag hineinleben, so ins Blaue hineinstudieren, daß sie sich ausrechnen, weiß Gott was für Chancen zu haben, sondern die sind schon Realisten genug zu wissen, daß es in diesem Beruf auch Knappheit gibt im Angebot an Arbeitsstellen und daß sie sich schon mit diesem Gedanken auch auseinandersetzen müssen. Es ist einfach notwendig, daß bestimmt diejenigen Leute den Vorzug bekommen und die Arbeitsstelle bekommen, die wirklich den Bedingungen entsprechen, die sie seit mindestens 10 Jahren kennen und von denen sie wissen, daß sie halt eben Voraussetzung sind, für den öffentlichen Dienst. Denn wir müssen schon ein Interesse daran haben, daß in erster Linie die hier Ansässigen und die Leute angestellt werden, die die Zweisprachigkeit...

LANGER (AS): (Unterbricht)

KLOTZ (SHB): Ich weiß schon. Ansässigkeit schon, aber damit allein ist es nicht getan, sondern daß die Leute, die von vorneherein Anstrengungen unternommen haben, die von vorneherein etwas dafür getan haben, um diesem Erfordernis zu entsprechen, daß die auch entsprechend dann den Vorrang haben müssen. Es geht hier um 15%, im Rahmen von 15% der Planstellen für Assistenten und Oberärzte, es ist also eine beschränkte Anzahl, und da müssen absolut die Leute Vorrang haben, die diesen Erfordernissen entsprechen. Ich bin darum für die Beibehaltung des Änderungsantrages von Assessor Saurer.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Signor Presidente, intanto esprimo la mia meraviglia per il fatto che la questione non é stata posta, non é sorta e non credo si dovesse porre in sede di Commissione. Mi meraviglia il fatto che in sede di esame della legge in Commissione non é sorto un problema di questo tipo. Assessore, non me ne voglia, ma é cosí.

Secondo, mi spiace, ma io sono adesso entro in possesso dell'emendamento, forse anche per nostra lacuna, comunque non sapevo che ci fosse l'intenzione di introdurre il requisito del bilinguismo per coloro i quali hanno le caratteristiche del volontariato nelle strutture sanitarie della Provincia. Il ragionamento che faccio parte da un presupposto sul quale mi pare nessuno dovrebbe tentennare. Siamo per il massimo di bilinguismo, non vi é dubbio Assessore Saurer, nel senso che il paziente deve certamente avere la possibilitá di conversare nella propria madrelingua. Badate però che questi non sono dipendenti pubblici, non entrano nella struttura ed operano sulla base di un volontariato. Auspico che abbiano la piú ampia qualificazione professionale e naturalmente la piú ampia conoscenza delle lingue. Assessore, mi chiedo se davvero questo puó essere vincolante, e faccio un altro ragionamento. Costoro studiano all'incirca fino ai 23, 24 o 25 anni, poi magari fanno il servizio di leva che hanno dovuto rinviare. E' assai probabile che fino a che uno si dá una gerarchia di prioritá, ponendo al vertice lo studio universitario non ha neanche la possibilitá di prestare la necessaria attenzione, il necessario

impegno per prepararsi nella seconda lingua e dunque sostenere l'esame. Magari qualcuno ce l'ha, qualcuno sta studiando e qualcuno avrà l'intenzione di fare il patentino. Per cui, mi lasci dire di non cogliere questa occasione per andare inutilmente a porci nei limiti. Assessore, oserei dire che forse proprio per questo requisito neghiamo la possibilità di avvalerci di queste prestazioni. Chi ce lo fa fare? Tanto che dopo un anno o due, in ogni caso dopo il periodo di lavoro, potrebbero con reciproco accordo andare via, fare dell'altro ecc.. Allora, ferma restando l'opportunità che uno sia in grado di conversare in tutte le lingue da noi presenti, e magari anche in altre, io non metterei questo ostacolo di natura formale. Un conto è bandire dei concorsi, dei posti e chiedere questo requisito come è previsto per tutta la pubblica amministrazione locale o statale, un conto è, come in questi casi, richiederlo su di una base di volontariato. Non si instaura un rapporto di dipendenza.

Vorrei essere chiarissimo a questo proposito, per cui egregio Assessore, suggerisco di considerare o lo stralcio oppure questo - suggerimento proposto dai colleghi - requisito del possesso del patentino può diventare titolo professionale preferenziale. Non metterei però questo ostacolo sulla via della possibile utilizzazione di questi sanitari.

MERANER (FPS): Es verwundert mich eigentlich, Kolleginnen und Kollegen, daß wir gerade über dieses Thema immer wieder streiten müssen. Für mich müßte es eigentlich auch Selbstverständlichkeit sein, daß jeder Mann und jede Frau in diesem Lande, die im öffentlichen Bereich arbeiten will, beide Sprachen, sowohl die deutsche als auch die italienische, beherrscht. Das sollte an und für sich schon eine Voraussetzung überhaupt sein, die es ermöglicht, in den öffentlichen Ämtern oder im öffentlichen Bereich zu arbeiten. Was den vorliegenden Fall betrifft, scheint er mir vom objektiv-juridischen Standpunkt so zu sein, daß wenn wir im Gesetz ein Stipendium für diese Ärzte vorsehen, dann könnte und sollte man von der Verpflichtung einer Zweisprachigkeit absehen. Wenn wir sie aber anstellen - und so ist es im derzeitigen Gesetzentwurf enthalten -, wenn sie nicht Stipendiaten sind, dann können wir von der Verpflichtung der Zweisprachigkeit nicht absehen. Das wäre meines Erachtens ein ganz grober Präzedenzfall, auch für viele zukünftige Fälle. Entweder man ändert das Gesetz so ab, daß man sagt, man gibt ein Stipendium, dann kann man davon absehen. Wenn es aber bei der Anstellung bleibt, und de facto - so wie es im Gesetz vorgesehen ist, Kollege D'Ambrosio - handelt es sich nach den geltenden Normen des Arbeitsrechtes tatsächlich um eine Anstellung, dann müssen wir die Zweisprachigkeit beibehalten.

MITOLO (MSI-DN): Io leggo all'articolo 1: "I neolaureati in medicina e chirurgia generale, abilitati all'esercizio della professione medico-chirurgica, con cittadinanza italiana e residenza in provincia di Bolzano, possono entro due anni dal conseguimento della abilitazione essere ammessi nel limite massimo del 15% dei posti in organico degli as-

sistenti e degli aiuti e della relativa struttura al volontariato presso un ospedale o altre strutture del servizio sanitario provinciale".

Noi quindi abbiamo una categoria di persone, di cittadini, a cui diciamo in sostanza "se voi volete perfezionarvi nello studio e nell'abilitazione della vostra professione, vi concediamo un periodo di tempo nel quale vi diamo un compenso, perché evidentemente voi date anche delle prestazioni d'opera". Ma non c'è dal punto di vista giuridico un contratto preciso per cui si instaura un rapporto di dipendenza diretta, tanto è vero che si parla di volontariato. Non c'è dubbio Assessore, che ci troviamo di fronte ad una figura, se vuole anche giuridica, tutta particolare, quella del volontario, il quale dice "io vengo perché ho evidentemente interesse, interesse che anche voi avete per avere un certo numero di persone da cui poi potrete eventualmente trarre gli elementi che più vi necessitano per il funzionamento delle strutture", ma siamo in una fase di formazione. Da questo punto di vista non si può pretendere l'obbligo della conoscenza della lingua tedesca. Sarebbe un'idea auspicabile, che tutti coloro i quali esercitano questo tipo di professione conoscano perfettamente le due lingue. Voi però sapete meglio di me che in questa fase storica dello studio della medicina, ed in particolare dello studio che si riferisce a discipline scientifiche, più che il tedesco o il francese, gli studenti e gli operatori del settore si preoccupano di conoscere perfettamente l'inglese. In molti casi quindi ci troviamo di fronte a giovani operatori e neolaureati che hanno la necessità della conoscenza dell'inglese, che lo studiamo, ed al termine dello studio del corso di laurea sicuramente o quasi lo conoscono. Magari sono in fase di studio e di perfezionamento di conoscenza della seconda lingua, della lingua tedesca. Per questi motivi possiamo andare incontro a situazioni in cui si sta maturando la conoscenza della lingua tedesca. Vogliamo escludere queste persone? Visto che la legge vuole essere di aiuto e di sostegno a chi vuole perfezionarsi, perché vogliamo porgli degli ostacoli così categorici?

Credo che saggezza vorrebbe, e mi auguro che prevalga, che viceversa si consideri questo periodo come è in sostanza un periodo scolastico, perché questo non è altro che un periodo di perfezionamento sicuramente assimilabile. Può essere considerato un periodo di formazione nel quale non c'è l'obbligo della conoscenza della seconda lingua. Ecco che quindi io mi permetto di suggerire di ritirare l'emendamento o tutt'al più di porlo come una questione di precedenza, di preferenza, ma non un titolo obbligatorio.

Noi ovviamente non voteremo l'emendamento, e se passerà l'emendamento non voteremo neanche la legge.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): La gamma delle situazioni tra il personale che opera all'interno dei servizi sanitari è variata, anche se il nucleo centrale più consistente è di persone che vengono assunte nel rispetto generale delle norme relative alla proporzionale ed al bilin-

guismo. Ci sono però delle situazioni di deroga per persone che hanno un rapporto non stabile, o che tende a diventare stabile e lo diventa in quanto hanno tutti questi requisiti. Se vi sono delle persone che hanno operato ed operano, hanno un lavoro non volontario ed hanno come clausola una stabilizzazione, quella del requisito del bilinguismo, vuol dire che già oggi sono di fatto inseriti ed inglobati senza possedere questo requisito, diciamo come impegno o come condizione per non rinnovare un determinato incarico ovvero per non inserirsi definitivamente in queste strutture.

Secondo, su di una base di volontariato ci sono anche delle persone lodevolissime nel loro impegno che o attraverso la Croce rossa, la Croce bianca, o attraverso altre forme di organizzazione, concorrono al servizio sanitario. Non mi risulta che nei confronti di questi volontari sia resa obbligatoria la conoscenza della seconda lingua attraverso il possesso dell'attestato.

Terza questione. Vi sono delle altre persone che sono obbligate a delle prestazioni, seppure dal punto di vista dell'apprendimento. Parlo di coloro i quali frequentano le scuole per diventare infermieri professionali ed alternano il momento teorico delle studio con quello pratico dell'esercizio di questa che può diventare infine la loro professione. Queste persone sono obbligate a svolgere queste prestazioni perché il programma scolastico è questo. Hanno a che fare con i pazienti, e non mi risulta che nei loro confronti venga richiesta la conoscenza della seconda lingua, ovvero il possesso del patentino.

Egregi colleghi, io ho fatto la gamma degli esempi che oggi già ci sono, di chi non ha assunto e non assume un rapporto di dipendenza e comunque è pienamente inserito nelle strutture. Ciò non toglie che sono per il massimo della diffusione della seconda lingua. Non voglio mettermi in rotta di collisione con dei principi fondamentali del nostro assetto autonomistico, ma anche del buon senso. Sono convintissimo che qui, quanta più gente conosce la seconda lingua meglio è, tanto più quando uno giustamente si rivolge all'interno delle strutture sanitarie e delle strutture pubbliche. Attenzione, perché io qui faccio un esempio specifico di una situazione in cui non si instaura un rapporto di dipendenza per cui scattano i meccanismi che noi sappiamo. Ho fatto la casistica non per perdere qualche momento, ma per dire che di fronte a situazioni analoghe non si può che operare con lo stesso metro. Non possiamo avere i cosiddetti due pesi e due misure differenziate. Si tratta di una persona che spontaneamente intende arricchire la sua prestazione, che intende farlo nel modo che qui sappiamo, e finito questo periodo ci si saluta. Se intende concorrere per un posto messo a disposizione dalla struttura sanitaria, farà regolare concorso e nel suo ambito sarà naturalmente richiesta la conoscenza della seconda lingua e l'attestato che la riconosce, punto e basta.

Assessore, mi permetto - cercate di comprendere colleghi - di insistere sull'opportunità di avere questa cosiddetta deroga che va a reci

proco vantaggio, perché l'amministrazione intende avvalersi di questo 15%. Non vorrei che poi questo 15% non sussistesse perché non ci sono i documenti che attestano la conoscenza della seconda lingua. Si tratta quindi di uno sforzo di buona volontà, e trattandosi di volontariato, non può che essere analogo ai sensi delle procedure vigenti dove ci sono momenti di questo tipo espressi senza l'obbligo della conoscenza, ovvero senza l'attestato. Presumo, perché lo sappiamo, e parlo indifferentemente le due lingue, però un conto è esercitarle ed un'altra cosa invece è questa tassatività. Preferisco le subordinate rappresentate dal titolo preferenziale o dal niente affatto, fermo restando che naturalmente condividiamo una politica complessiva a favore del bilinguismo.

BARBIERO-DE CHIRICO (PCI): L'obiettivo di questa legge è quello di permettere maggiore efficienza alle strutture pubbliche tramite il contributo dei medici volontari. È evidente che su questo obiettivo siamo tutti d'accordo, visto che anche in Commissione c'era l'unanimità di intenti. Si è giustamente detto che il rapporto che questi medici volontari hanno con la struttura pubblica non è un rapporto di dipendenza e di assunzione, perché se fosse così non parleremo di rapporto di volontariato. In questo caso si tratta di una collaborazione che i medici offrono per un determinato periodo al servizio pubblico per migliorarlo, in attesa di una assunzione definitiva. È evidente che questi medici che danno alla struttura pubblica un contributo in termini di volontariato, quasi sempre sono medici che non hanno quei requisiti necessari per essere effettivamente assunti. È in ogni caso difficile che un medico subito dopo la laurea sia già in possesso del requisito del bilinguismo, e cioè che abbia già ottenuto il patentino A. È difficile che questo avvenga, anche se ovviamente prima questo medico fa l'esame di bilinguismo e meglio è. Tutti noi siamo d'accordo sul fatto che è meglio avere dei medici che conoscono le due lingue piuttosto che avere medici che ne conoscono una sola.

Fermo restando il fatto che tutti siamo d'accordo sull'opportunità per i medici ed il personale infermieristico di conoscere le due lingue, è vero anche che in questo caso particolare noi considereremmo la richiesta del requisito del patentino A, perché in questo caso si richiederebbe il patentino A come un ostacolo ad esercitare questa funzione di volontariato. Del resto gli Assessori ed i consiglieri stessi sanno che sono parecchi i medici che sono assunti dalla struttura pubblica che esercitano la loro professione, che ancora non sono in possesso del patentino di bilinguismo A. Questo patentino è un risultato non facilmente perseguibile e tutti noi sappiamo quante sono le bocciature in questo specifico comparto dell'esame di bilinguismo.

Ecco allora che noi pensiamo che un requisito di questo tipo verrebbe a limitare la possibilità per la struttura pubblica di avvalersi di volontari e quindi in questo modo noi andremo a inficciare quello che è l'obiettivo di questa legge. Con questo intendo dire che se l'arazio del-

la legge é quello, come tutti riconosciamo, di contribuire a migliorare l'efficienza delle strutture pubbliche tramite il contributo dei volontari, e giustamente si dá ai volontari anche un compenso di carattere economico. Se noi chiediamo anche il requisito del bilinguismo, ed in questo caso del patentino A, noi andremmo a ridurre la possibilitá per le strutture pubbliche di usufruire di volontari, andando anche ad inficciare quello che é l'obiettivo della legge.

Mi auguro che l'Assessore competente che ha presentato all'ultimo momento questo emendamento possa essere stato convinto dalle argomentazioni che noi abbiamo portato. Spero anche che nessuno speculi, nel senso che nessuno qui é contro il bilinguismo. In questo caso specifico però riteniamo che al massimo, come hanno proposto i consiglieri della lista alternativa, questo requisito possa contare come titolo preferenziale ma non possa assolutamente essere vincolante per esercitare il volontariato.

SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP): Ich weiß, daß diesem Abänderungsantrag gegenüber Vorbehalte sind, Vorbehalte politischer Natur und auch juridischer Natur. Ich glaube aber, daß man unterscheiden muß zwischen dem Praktikum das die Ärzte machen bis zur Staatsprüfung. Das Praktikum muß gemacht werden, damit jemand überhaupt die Staatsprüfung machen kann. Hier bin ich der Meinung, daß man den Zweisprachigkeitsnachweis gesetzlich nicht verlangen kann, weil die Durchführungsbestimmungen nur von Aufnahmen reden und insofern ist dies hier in dem Fall keine Aufnahme.

Anders stellt sich das Problem für die Ärzte mit Staatsprüfung dar, die von den Sanitätseinheiten zur Bewältigung bestimmter Aufgaben eingesetzt werden. Sie müssen ja zur Bewältigung, wie es hier im Gesetz heißt, bestimmter Aufgaben eingesetzt werden. Hier glaube ich, vertreten wir den Grundsatz, daß die Ärzte, die voll gültig, wenn sie die Staatsprüfung haben, ihren Beruf ausüben, praktisch von der Sanitätseinheit bestimmte Aufgaben übertragen kriegen, daß diese Ärzte, wenn es sich auch nicht um ein Angestelltenverhältnis handelt, innerhalb der Sanitätsstruktur zweisprachig sein müssen.

Dies ist der Standpunkt, den ich hier vertrete, wenngleich ich zugeben muß, daß das Gesetz, so wie es ursprünglich formuliert worden ist, natürlich nicht nur Ärzte betrifft, die aus dem Süden kommen, sondern auch sehr viele Ärzte, die in Innsbruck und anderswo studieren und die Schwierigkeiten haben mit dem Zweisprachigkeitsnachweis, daß unter Umständen dieses Gesetz so formuliert nicht den Zweck erreicht, den man sich vorgestellt hatte. Ich muß sagen, daß natürlich der eine und der andere gerade deshalb nicht zu einem Wettbewerb kommt, praktisch sein Volontariat verlängern muß, weil er nicht im Besitz der Zweisprachigkeit ist und das sowohl bei den Italienern als auch bei den Deutschen.

Insgesamt, die politische Wertung hier sagt, nachdem das Gesetz ein kleines Gesetz ist, und man immer für die Zweisprachigkeit im Gesundheitsbereich gekämpft hat, daß dieser erste Aspekt überwiegt gegenüber

dem zweiten, wir werden nicht alles erreichen, was das Gesetz sich vornimmt, für uns hier der erste Aspekt der wichtigere ist, und ruhig auch eine bestimmte Erziehungsfunktion erfüllen könnte, wenn man das so formuliert. Ein Mensch hat in der Oberschule die Zeit, die Zweisprachigkeitsprüfung zu machen, diese gilt jetzt unbegrenzt, er hat das ganze Universitätsstudium die Zeit, die Zweisprachigkeitsprüfung zu machen. Und man sollte doch gerade in solchen Dingen immer wieder zum Ausdruck bringen, Zweisprachigkeit ist bei uns unbedingte Voraussetzung für ein Wirken in einem öffentlichen Bereich, wie er der Gesundheitsbereich ist. Wir haben ja ein veröffentlichtes Gesundheitswesen und insofern, daß Argumente dafür vorhanden sind, diesen ersten Aspekt als Präponderanz zu betrachten gegenüber einigen Intentionen des Gesetzes, die sicher dadurch nicht erreicht werden.

LANGER (AS): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Mir scheint, daß die im Grunde sehr ruhige und fast verlegene Antwort des Landesrates Saurer eigentlich tief blicken läßt. Der Landesrat selber sagt, worüber wir uns alle einig sind, daß ein hohes Maß an Zweisprachigkeit im Sanitätsdienst notwendig und wünschenswert ist und daß man dahin arbeiten muß. Er sagt aber auch sehr deutlich, daß es hier um kein Anstellungsverhältnis geht, er sagt auch sehr deutlich, daß mit einer solchen Klausel möglicherweise viele Adressaten des Gesetzes und zwar der einen und der anderen Muttersprache durch die Lappen gehen könnten. Ich möchte noch etwas mehr sagen: Wenn heute jemand - wie es z.B. Kollege Meraner und die Kollegin Klotz vernünftigerweise angeregt haben - in der Maturaklasse die Zweisprachigkeitsprüfung ablegt und diesen Schein erwirbt, in einer Zeit, wo durch Schule, Zweitsprachunterricht irgendwie auf der Höhe der für ihn momentan erreichten Zweisprachigkeit ist, dann aber sechs, sieben Jahre lang ein einsprachiges Studium in Italien oder in Österreich oder anderswo macht, dann ist auch der Besitz des Zweisprachigkeitsscheines acht, neun Jahre nachher, wenn er zum Volontariat kommt, an sich keine Gewähr, daß er zweisprachig ist. Genauso wie umgekehrt, derjenige der den Zweisprachigkeitsnachweis nicht hat, damit er noch nicht unbedingt zum Nichtzweisprachigen gestempelt ist, denn es ist noch nicht so, daß der Erwerb des "patentino" gewissermaßen von der Wiege bis zum Grab zu den landestypischen Voraussetzungen gehört. Es wird langsam werden, es ist auch nicht unbedingt gesagt, daß das ein Segen ist, ich glaube, man muß mehr auf die Schule setzen. Nun, wenn jemand nach sechs, sieben Jahren Studium, wo er vielleicht viel außerhalb des Landes war, wo er inzwischen auch Englisch oder eine andere Fremdsprache gelernt hat, die zweite Landessprache ein bißchen verlernt hat, weil er sie wenig gebraucht hat, wenn der ein Jahr als Volontär in ein Krankenhaus kommt, dann wird er sowieso dort auch mit der zweiten Sprache zu tun haben. Natürlich, je nachdem in welchem Krankenhaus er arbeitet, wird er mehr mit der einen oder mehr mit der anderen Sprache in Verbindung kommen, aber ich glaube tatsächlich, daß wenn wir heute den schon nachgewiesenen Besitz der Zwei-

sprachigkeit als Voraussetzung, als Eintrittshürde aufbauen, so daß nur diejenigen zu diesem bezahlten Volontariat zugelassen werden können, die schon das "patentino" haben, die schon den Zweisprachigkeitsschein haben, dann glaube ich, daß wir damit eine unnötige Hürde aufbauen, unnötige Verbitterung hervorrufen und - erlauben Sie mir - auch einen unnötigen Rückverweisungsgrund. Ich kann ja nicht diesen Leuten die über Rückverweisungen entscheiden in die Karten schauen, aber ich könnte mir vorstellen, daß der Staat sagt, Zweisprachigkeitsnachweis, Ausnahmebestimmung, diszipliniert vom Dekret 752, sieht genau vor, wann das für den öffentlichen Dienst verpflichtend ist. Das ist nicht Eintritt in den öffentlichen Dienst, also wird hier ein Erfordernis aufgebaut, das als solches zur Rückverweisung Anlaß geben kann. Wir haben den Antrag, der jetzt zur Diskussion ist, Streichung der Zweisprachigkeitsverpflichtung, so wie sie die Landesregierung eingereicht hat. Einigen wir uns auf den Kompromiß, daß wir sagen, es ist von mehreren Seiten angeklungen, daß wir sagen, Zweisprachigkeit als Vorzugstitel, das wäre unser eventueller Antrag, der nachher käme. Sie ziehen den Abänderungsantrag zurück, wir ziehen den Streichungsantrag zurück und wir einigen uns auf den Eventualantrag, daß Sie dem zweiten Absatz des Gesetzes folgenden Satz hinzufügen: "Der Besitz des Nachweises der Kenntnis der italienischen und deutschen Sprache, gemäß D.P.R. in geltender Fassung, stellt bei sonst gleichwertigen Voraussetzungen einen Vorzugstitel dar." Das schiene mir eine Möglichkeit, die niemanden ausschließt, die sagt, "bei sonst gleichwertigen Vorzugstiteln", das bedeutet, daß auf die übrigen Vorzugstitel, die die Landesregierung per Durchführungsverordnung erarbeiten wird, Rücksicht genommen wird, daß man aber gleichzeitig einen Wink mit dem Zaunpfahl gibt und sagt, bemüht euch um das Zweisprachigkeitszeugnis, es kann euch in jedem Fall dienen, auch wenn ihr später nicht im öffentlichen Dienst arbeiten werdet, aber es könnte - z.B. bei Ärzten - euch zum bezahlten Volontariat verhelfen. Aber es zur Verpflichtung zu machen, das würde tatsächlich den Charakter dieses Gesetzes zu stark ändern und unsere anfänglich positive Einstellung und die Einstimmigkeit, die es in der Kommission gegeben hat, die würde sicher nicht mehr gegeben sein. Danke.

PRESIDENTE: Pongo in votazione l'emendamento Langer/Tribus: respinto con 8 voti favorevoli e 16 voti contrari.

Passiamo all'emendamento successivo, presentato dai consiglieri Langer e Tribus che dice: "In subordine, nel caso l'emendamento precedente fosse respinto, al posto dell'emendamento proposto dalla Giunta provinciale aggiungere la seguente frase al secondo comma: "Il possesso dell'attestato sulla conoscenza della lingua italiana e tedesca di cui al D.P.R. 26 luglio 1976, n. 752, con successive modifiche ed integrazioni, costituisce titolo di preferenza nel caso di requisiti equipollenti."

Eventualantrag, falls vorhergehender Antrag abgelehnt würde: "Anstelle des von der Landesregierung vorgeschlagenen Änderungsantrags fol-

genden Satz dem 2. Absatz anfügen: "Der Besitz des Nachweises der Kenntnis der italienischen und deutschen Sprache gemäß D.P.R. Nr. 752 vom 26. Juli 1976, in geltender Fassung, stellt - bei sonst gleichwertigen Voraussetzungen - einen Vorzugstitel dar."

La parola al consigliere Langer.

LANGER (AS): Grazie Presidente. Proporrei una piccola modifica linguistica prima nel testo italiano. Proporrei che alla fine si dica "costituisce, a parità di altri requisiti, titolo di preferenza".

Mi permetto un attimo di illustrarla, e saró brevissimo.

Jetzt wäre der Weg frei, diese Änderung anzunehmen, denn diese Änderung würde auf der einen Seite den Wert der Zweisprachigkeit hervorheben und betonen und würde in dem Sinn auch indirekt eine Einladung an die Medizinstudenten darstellen, wenn möglich rechtzeitig die Zweisprachigkeitsprüfung zu machen, gleichzeitig aber nicht einen Zwang konstituieren. Wir sagen ausdrücklich, wenn die übrigen Voraussetzungen gleich sind, dann könnte nachweislich zweisprachigen Kandidaten der Vorzug gegeben werden. Auch weil es in diesem Gesetz sowieso heißt, siehe Absatz 2: "Mit Durchführungsverordnung werden die Auswahlkriterien für den Fall, daß mehr Anträge eingereicht werden als Ärzte zum Volontariat zugelassen werden können usw. festgelegt." Das heißt, mit einer solchen Bestimmung würde die Landesregierung verpflichtet und ermächtigt, die Zweisprachigkeit als ein Auswahlkriterium bei sonst gleichen Voraussetzungen festzulegen. Das schiene uns rechtlich vertretbar und politisch annehmbar. Deswegen ersuchen wir, insbesondere die SVP-Fraktion, sich hiermit dieser - scheint uns - vernünftigen Einsicht anzuschließen. Andernfalls glaube ich tatsächlich, daß dieses Gesetz nur eine Art Tatzebau darstellen wird, daß man der Regierung gegenüber ein Plakat herausgibt, aber nicht ein Gesetz, denn als Plakat können wir es verabschieden und die Regierung wird es uns zurückschicken. Danke.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Sull'emendamento ci siamo espressi. Sui contenuti non ribadisco le cose già dette. Do un suggerimento all'Assessore, fermo restando che insisto.

Dato che Vi dovete pronunciare sulla legge già avviata e non conclusa, quella di ieri, se ritenete di meditare un attimo su questo emendamento, si faccia un pacchetto di riflessione, si chiuda la seduta, la SVP faccia la riunione dei capigruppo come aveva preannunciato questa mattina e si pronunci. Sconsiglierei però Assessore ed egregi colleghi, un voto analogo a quello appena fatto, su di una questione che non solo ha visto una convergenza sostanziale nei fatti, ma che sconfesserebbe le intenzioni proclamate nel favorire questo tipo di volontariato con il reciproco interesse da parte dei medici che sono disponibili e delle strutture sanitarie. Mi pare che evidenziare l'incentivazione dell'acquisizione della seconda lingua stia nei patti perché a pari titolo ha sempre la possibilità di avere questo vantaggio.

FRASNELLI (SVP): Unabhängig davon, ob ich den Ball aufnehme oder nicht, aber ich hatte die Absicht, eine Unterbrechung der Sitzung zu beantragen, um zum vorliegenden Gesetzentwurf und auch zum Gesetzentwurf über die Abänderung der Wohnbaugesetze als SVP-Fraktion zu einer Aussprache zusammenzutreten. Es ist daher sinnvoll, die Sitzung des weiteren für den heutigen Vormittag zu schließen und am Nachmittag wieder fortzufahren. Danke, Herr Präsident!

PRESIDENTE: Volevo cogliere l'occasione signor capogruppo, di sottoporre ai suoi colleghi la questione relativa ai nominativi per la Commissione dell'antiterrorismo. Poi c'è la legge dell'assessore Saurer per l'USL. Ci ritroviamo alle ore 15.

La seduta é sospesa.

ORE 12.18 UHR

ORE 15.11 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Eravamo in discussione articolata sul disegno di legge n. 194/88. La parola al consigliere Frasnelli.

FRASNELLI (SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Landesrat Saurer wird das Ergebnis der Besprechungen in der Fraktion der SVP in Form eines Abänderungsantrages in diesem Hohen Hause zur Genehmigung vorlegen. Dies was den Gesetzentwurf über die Volontärärzte betrifft. Danke.

PRESIDENTE: Mi é stato presentato in questo momento l'emendamento, facciamo fare le fotocopie e poi lo distribuiamo.

La parola all'assessore Saurer.

SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP): Wie so oft bei den Gesetzen oder Gesetzentwürfen über das Gesundheitswesen wird mehr über Proporz und Zweisprachigkeit geredet als über die Gesundheitspolitik als solche. Natürlich hat jeder im Hohen Hause seine Ansichten, nur in Punkto 2, Zweisprachigkeit, würde ich sagen, daß sich schon alle Fraktionen langsam insgesamt zu einer wesentlich härteren Linie durchringen sollten, die auch nach außen bekanntzugeben ist, und zwar alle Fraktionen, wahrscheinlich mit Ausnahme des MSI, weil wenn man immer nur davon redet, goldene Brücken zu bauen, und diejenigen irgendwo doch wieder zu bevorzugen, die irgendwo in ihrem Leben nicht die Gnade gehabt haben, sich mit der Situation des Landes, die ja zumindest seit 1945 recht eindeutig diesbezüglich ist, sich auf diese Situation vorzubereiten,

wenn man immer wieder diejenigen die endlich meinen sollen, ernst zu nehmen, daß man meint, denen den Schwarzen Peter in die Hand zu drücken und die eigenen Vorstellungen als das humanitäre Verhalten anzusehen, mit diesen Haltungen müßte man halt über kurz oder lang doch aufräumen, sondern ganz klar der Bevölkerung sagen: zweisprachig, ansonsten glaube ich, hat für alle diejenigen, die hier nicht zweisprachig sind, hat dieses Land keine Zukunft. Das muß bei jeder Gelegenheit gesagt werden.

Nachdem wir aber noch in dieser Übergangsphase sind und vielleicht auch ein bißchen aus juristischen Gründen, vor allem handelt es sich um kein Angestelltenverhältnis, die Schwierigkeiten sind noch immer da und dort, wir würden sagen, diejenigen, die im Besitz des Nachweises der Kenntnis der beiden Sprachen sind, allerdings nicht wie der Abänderungsantrag des Kollegen Langer bei sonst gleichwertigen Voraussetzungen. Wir sagen, daß diese, die im Besitz des Zweisprachigkeitsnachweises sind, den Vorrang haben. In diesem Sinne wird jetzt ein Abänderungsantrag nochmals verteilt.

LANGER (AS): Danke, Herr Präsident! Ich möchte mir nur erlauben, darauf hinzuweisen, daß unser Antrag noch steht und daß uns dazu noch die Replik zusteht und über unser Antrag abgestimmt werden muß, es sei denn wir würden ihn zurückziehen. Wir warten noch den Text ab, aber nach dem was ich gehört habe glaube ich, daß wir ihn nicht zurückziehen werden. Danke.

PRESIDENTE: Allora io Le faccio una richiesta formale. Intende mantenere il suo emendamento?

LANGER (AS): Aspetto un attimo di vedere questo emendamento appena presentato.

PRESIDENTE: Allora Lei parla sulla richiesta di ritirare o mantenere il suo emendamento.

La parola al consigliere Langer.

LANGER (AS): Herr Präsident! Ich möchte unseren Antrag aufrechterhalten und deswegen auch eine Replik zu unserem Antrag stellen. Ich glaube, ich muß dann nachher nicht mehr zu diesem Antrag das Wort ergreifen, wenn er zur Abstimmung kommen sollte.

PRESIDENTE: Allora Lei ha facoltà di parlare sulla replica dell'emendamento dopo la replica dell'Assessore. Poi metteremo in votazione il suo emendamento.

La parola al consigliere Langer.

LANGER (AS): Ich nehme zur Kenntnis, was der Landesrat Saurer mitgeteilt hat und sehe, daß hier von seiten der SVP ein kleiner Schritt ge

macht worden ist, den ich nicht unterschätzen möchte und deswegen auch anerkenne, nämlich, der verpflichtende Zwang, Zweisprachigkeitsnachweis schon bei Aufnahme in ein Volontärsverhältnis, besteht nicht mehr, also es ist nicht mehr so, daß nur Leute mit Zweisprachigkeitsnachweis Volontäre im Arztberuf werden könnten, aber die jetzt vom Landesrat Saurer erläuterte und verteilte Änderung sieht vor, daß Kandidaten im Besitze der Zweisprachigkeit in jedem Fall den Vorrang haben. Das heißt also, minderqualifizierte, aber mit Zweisprachigkeitsschein ausgestattete Kandidaten kommen vorher zum Zug, bevor möglicherweise höher qualifizierte Kandidaten aber ohne Zweisprachigkeitsschein dran sind. Insofern unterscheidet sich die Abänderung die die Landesregierung vorschlägt bzw. die Saurer/Kaserer vorschlagen von unserer Änderung. Wir hatten Zweisprachigkeit als Vorzugstitel bei sonst gleichwertigen Bedingungen vorgeschlagen. Deswegen wollen wir unseren Abänderungsantrag nicht zurückziehen und werden für unseren Antrag stimmen und werden nicht - sollte er dann doch zur Abstimmung kommen - für den Antrag Kaserer /Saurer stimmen. Danke.

PRESIDENTE: Mettiamo in votazione l'emendamento Langer/Tribus: respinto con 6 voti favorevoli e 12 voti contrari.

Passiamo ora all'emendamento presentato dall'assessore Saurer e dal consigliere Kaserer che dice: "Al secondo comma viene aggiunta la seguente frase: "Gli aspiranti in possesso dell'attestato di conoscenza delle lingue tedesca ed italiana ai sensi del D.P.R. 26.7.1976, n. 752, e successive modifiche ed integrazioni, hanno precedenza rispetto agli altri aspiranti."

Dem zweiten Absatz wird folgender Satz hinzugefügt: "Die Bewerber, die sich im Besitze des Nachweises der Kenntnis der deutschen und italienischen Sprache gemäß D.P.R. Nr. 752 vom 26.7.1976, in geltender Fassung, befinden, werden gegenüber anderen Bewerbern vorrangig behandelt."

La parola all'assessore Saurer sull'illustrazione.

SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP): Herr Präsident! Ich habe meinen Antrag bereits in einer Stellungnahme begründet, ich möchte nur textliche Verbesserungen anbringen. Im italienischen Text müßte es heißen: "hanno la precedenza" und im deutschen Text: "haben gegenüber anderen Bewerbern den Vorrang" und nicht "werden vorrangig behandelt".

PRESIDENTE: Allora faremo la seguente correzione linguistica: "Hanno la precedenza" nel testo italiano e nel testo tedesco: "Haben gegenüber anderen Bewerbern den Vorrang".

Per chiarire, c'è un altro emendamento presentato dall'assessore Saurer. Questo emendamento modifica quello di prima o è un'integrazione? Dove si colloca questo emendamento?

La parola all'assessore Saurer per chiarire le cose.

SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP): Ich habe bereits, vielleicht nicht ganz direkt, aber zumindest in meiner Stellungnahme darauf hingewiesen, daß dieser Abänderungsantrag natürlich meinen ersten Abänderungsantrag ersetzt. Infolgedessen ziehe ich den ersten Antrag zurück.

PRESIDENTE: Adesso é chiaro, il mio dubbio era questo. Chi chiede la parola sull'emendamento Saurer/Kaserer dopo questo chiarimento?

La parola al consigliere Tribus.

TRIBUS (AS): Herr Präsident, Herr Landesrat! Wir werden gegen diesen von Ihnen eingereichten Abänderungsantrag stimmen, weil er im wesentlichen tatsächlich gar nichts verändert. Es wird hier eine Scheinkosmetik vorgenommen, um die Evidenz der Ungerechtigkeit zu kaschieren. Es wird hier gesagt, daß man doch in dieser Übergangphase irgendwie mildtätig sein wollte, weil der Landesrat gesagt hat, doch auf beiden Seiten das Problem besteht. Es stimmt, daß Studenten der Medizin aus dem deutschsprachigen Ausland kommen und auch aus Italien und beide Gruppen in der Regel mehr mit ihrem Studium beschäftigt sind, mit der Vorbereitung auf die Staatsprüfung als mit der Vorbereitung auf die Zweisprachigkeitsprüfung. Deshalb schien es uns nicht gerechtfertigt, sofort diesen Leuten, die eine Notsituation vor sich haben, die soweit führt - wie der Landesrat selbst gesagt hat -, daß junge Ärzte auf die Grundfürsorge zurückgreifen müssen. Dieses Gesetz hätte ein Weg sein sollen, um der Verarmung dieser jungen Ärzte vorzubeugen, im gleichen Atemzug wird eine Schranke eingebaut, die natürlich wiederum eine Gruppe von Leuten in die Enge treibt, mit den Folgen die der Landesrat selbst beklagt hat. Deshalb glaube ich, ist es nicht gerade ein Zeichen von großem Weitblick, wenn man hier ein Prinzip aufrechterhalten will, das eigentlich nicht gefordert ist. Wie bereits heute vormittag des langen und des breiten von verschiedenen Kollegen ausgeführt, handelt es sich hier ja um eine zeitweilige Beschäftigung von Leuten, die ja notgedrungen - sollten sie dann in den Sanitätsdienst eintreten - diese Voraussetzung haben müssen. Deshalb, um dieses Jahr wäre es tatsächlich nicht gegangen, es wäre niemandem ein Stein aus der Krone gefallen, wenn man hier diese Schranke nicht eingebaut hätte. So, glaube ich, wird eine wesentliche Intention des Gesetzes mißachtet. Deshalb sind wir nach wie vor überzeugt, daß der erste Antrag Saurer abgelehnt hätte werden sollen und bestenfalls eine zweite Möglichkeit, die von uns vorgeschlagen worden ist, möglich gewesen wäre, nämlich mit gleichen Voraussetzungen den Zweisprachigkeitsnachweis als Vorzugstitel zu gebrauchen. So bleibt, anders formuliert, eleganter formuliert, die Situation genau dieselbe. Deshalb werden wir diesem Antrag leider nicht zustimmen können.

BARBIERO-DE CHIRICO (PCI): L'assessore Saurer prima giustamente si lamentava del fatto che quando si parla di sanità, invece di parlare di salute e di malattie, di prevenzione e di cure sotto tutti gli aspetti che sono inerenti alla sanità si finisce sempre con il parlare di proporzionale e di bilinguismo. Questo é vero, é successo già altre volte anche nel corso di questa legislatura. Devo dire assessore Saurer che la responsabilità non é nostra, perché se Lei ed il Suo gruppo non aveste introdotto questo emendamento, la legge sarebbe passata intanto con l'unanimità di tutte le forze politiche presenti in quest'aula e poi avremmo potuto discutere serenamente di qual é il contributo che il volontariato dá alle strutture pubbliche. Avremmo discusso serenamente e altrettanto serenamente avremmo fatto delle riflessioni sul servizio sanitario, su quanti volontari abbiamo bisogno, su quanti sono attualmente, se é giusto dare questa retribuzione oppure no. Avremmo finalmente discusso di cose estremamente concrete che riguardano il nostro servizio sanitario. Purtroppo invece ci troviamo qui a discutere di proporzionale e di bilinguismo, in questo specifico caso soprattutto di bilinguismo.

Assessore Saurer, Lei ha visto che prima la SVP si é trovata completamente sola a sostenere l'originario emendamento, e con questo intendendo la SVP con il consigliere Meraner e il consigliere signora Klotz.

MITOLO (MSI-DN): Si parla della Giunta, ed é la Giunta che si é spaccata.

BARBIERO-DE CHIRICO (PCI): Sì, intendo la SVP come partito di Giunta. Si é trovata sola e dopo ha trovato concordi anche il consigliere Meraner e il consigliere signora Klotz. Questo non mi pare un titolo di onore. Comunque, come forza di governo vi siete trovati da soli. Di fronte all'opposizione di tutte le forze qui presenti, anche dei Vostri partners di Giunta, ed in particolare della DC, di fronte all'opposizione, alle argomentate valutazioni contrarie alla Vostra posizione avete dovuto cercare di fare un po' un passo indietro, cercando di "mettere una pezza" sull'errore che avevate fatto.

Purtroppo però Assessore, l'emendamento, anche se dimostra che Voi siete in imbarazzo a presentare la Vostra proposta, e cioè quella di introdurre come requisito il bilinguismo il patentino A anche per coloro i quali prestano un servizio volontario a tempo definito e questo purtroppo però non risolve la situazione. Non la risolve perché in ogni caso si chiede - in questo caso ai medici che prestano servizio di volontariato - di fatto di avere questo requisito, perché esso dá titolo di precedenza rispetto agli altri requisiti. Questo quindi non avviene a titolo di parità come invece diceva l'emendamento che prima avevamo discusso che era stato presentato dalla lista alternativa. Assessore, noi come gruppo comunista invitiamo ancora una volta il Vostro partito a riflettere. Prima Vi abbiamo costretto ad una pausa di riflessione, costringendovi in qualche modo a rivedere la Vostra posizione. Secondo noi avete fatto troppo

poco perché rimane in piedi ancora un ostacolo che poi diventa un elemento di tensione che non serve a nessuno, neanche alla sanità nella nostra provincia, questo è il problema. Noi abbiamo già detto che introducendo questo requisito si farà in modo di ridurre il numero di volontari disponibili, e non servirà invece ad incentivare il volontariato. Secondo noi questa introduzione, questo requisito che viene introdotto, non è positivo né per l'efficienza del servizio sanitario né per creare un clima di maggiore serenità tra i giovani, in questo caso tra i giovani laureati in medicina, e non facciamo una buona causa a nessuno.

Mi permetto di invitare ancora l'Assessore ed il gruppo della SVP a riflettere su questo, perché non è questa la giusta via per riuscire ad ottenere nello stesso tempo maggiore efficienza nel servizio e rasserenamento degli animi in un momento delicato come questo.

KLOTZ (SHB): Die Frage an den Herrn Landesrat, ob man diesen Zusatz wirklich dem Absatz 2 zufügt, oder ob er nicht hinauf zum Absatz 1 gehört.

BOLOGNINI (Assessore alla tutela dell'ambiente e trasporti - DC): Chiedo la parola come capogruppo. Il disegno di legge che è stato approvato in Giunta provinciale non conteneva questo emendamento. L'emendamento è stato visto dal mio gruppo questa mattina. Ho chiesto al collega Saurer, capogruppo della SVP, che si suspendessero i lavori per poter valutare assieme la portata di questo emendamento, e la cosa non è stata possibile. Si è poi sviluppato il discorso a cui abbiamo assistito, tutti con la presentazione di proposte e controproposte, con l'interruzione dei lavori e la riunione del gruppo consiliare della SVP che ha prodotto questo ulteriore emendamento attualmente all'esame dei colleghi del Consiglio.

Debbo fare una precisazione di ordine politico. L'argomento sollevato con questo emendamento presentato dal collega Saurer questa mattina, è un argomento che porta all'interno della legge - come giustamente ha osservato la collega Barbiero - una venatura politica legata agli stati di ansietà che attualmente sono purtroppo presenti in maniera abbastanza marcata all'interno della nostra opinione pubblica. Quando si va a porre mano con una certa facilità a problemi di questo genere bisogna stare molto attenti a soppesarne le conseguenze. Anche per quel tanto di rimbombo che vi si può creare attorno, che sotto il profilo politico può produrre situazioni non tra le più positive. Questa era la preoccupazione che immediatamente ha colpito il mio gruppo, oltre al fatto che discutendone assieme si sarebbe potuto probabilmente trovare una strada positiva su cui convergere tutti assieme per risolvere un problema che riconosco essere reale. Questi medici che provengono dalle esperienze del volontariato è opportuno che siano in possesso del patentino e che siano nelle condizioni di conferire nelle due lingue con gli utenti delle strutture sanitarie.

Il problema che intendevo precisare é semplicemente di natura politica legato a come si é sviluppato l'episodio, motivo per cui il gruppo della DC non può approvare l'ultimo emendamento presentato dai colleghi Kaserer e Saurer. Noi ci asterremo.

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

Dr. OSKAR PETERLINI

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

PRÄSIDENT: Ich möchte nur der Korrektheit wegen und um alle Mißverständnisse auszuschalten folgendes festlegen und mitteilen. Wir haben uns jetzt zur Praxis gemacht, die Abänderungsanträge in folgender Prozedur vorzulegen: erstens, sobald sie eingereicht werden, werden sie den Abgeordneten zugestellt und zum zweiten werden sie, um ihnen bei der Arbeit behilflich zu sein, ein zweites Mal verteilt, wenn wir den entsprechenden Gesetzentwurf behandeln. Und so war es auch diesmal der Fall. Landesrat Saurer hat seinen Abänderungsantrag am 7. Juli 1988 vorgelegt, einige Tage darauf ist er an die Abgeordneten verteilt worden und ich weiß, wie das mit den Unterlagen geht, wir erhalten alle sehr viel Post, und gerade aus diesem Grunde, weil wir als Präsidium die Erfahrung gemacht hat, daß dann die Unterlagen vielfach bei der Behandlung fehlen, wurde der Antrag neulich noch einmal verteilt. Diese zweite Verteilung stellt aber nicht in Frage, daß der Abänderungsantrag rechtzeitig vorgelegt und auch verteilt worden ist. Das nur zur Klärung.

Das Wort hat Abgeordneter Mitolo.

MITOLO (MSI-DN): Brevissimamente perché credo che non sia il caso di gettare olio sul fuoco. Prendo però atto che in un certo senso c'è stato un minimo mutamento di opinione rispetto alla posizione rigida di questa mattina. E' evidente che le argomentazioni che avevamo addotto non solo avevano un loro fondamento ma sono state accolte dalla maggioranza di Giunta, se é vero che l'emendamento presentato dal collega primo firmatario Kaserer e dall'assessore Saurer, prevede quanto meno una modifica dell'originario emendamento. Mi si lasci però dire che non é sufficiente. In effetti noi non avremmo votato neanche l'emendamento presentato dai colleghi Langer e Tribus che assomiglia, ma che fa riferimento alla parità di titoli ponendo successivamente in secondo piano il patentino.

Dalle dichiarazioni fatte dall'assessore Bolognini rilevo che ancora una volta, perché questo é già capitato altre volte, la maggioranza di Giunta ha un modo particolare di affrontare certi problemi e certe leggi. Certo mi ha fatto piacere stamattina vedere i membri di Giunta della DC votare in difformità. Come membro dell'opposizione non posso che compiacermi di questo fatto, soprattutto con la parte della maggioranza che vota in difformità alla linea sulle posizioni di opposizione.

Mi auguro che questo - lo dico con estrema franchezza - non sia soltanto un atteggiamento preelettorale, perché é la prima volta che ca-

pita un fatto del genere, in queste elezioni del 20 novembre in cui c'è, come dice l'assessore collega Bolognini, un certo clima. In fondo non deve poi essere condizionante, soprattutto quando si condividono le responsabilità di una gestione dell'autonomia che ha ben altri grossi problemi, su cui è incentrato proprio anche il tema del bilinguismo e della proporzionale etnica. Queste sono valutazioni di ordine politico che ci permettiamo di fare.

L'emendamento così formulato non ci piace. Restiamo del nostro parere e voteremo contro.

SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP): Es stimmt, daß uns das Statut nicht verpflichtet, die Zweisprachigkeit für das Volontariat vorzusehen. Ich glaube aber, daß wir alle interessiert sind, daß in unseren Gesundheitseinrichtungen vollkommene Zweisprachigkeit herrscht. Sämtliche Ärzte, die Assistenten, die Sprengelarztanwärter, die Oberärzte, die Primare, alle müssen zweisprachig sein. Infolgedessen ist es richtig, daß hier das Prinzip eingeführt wird, daß diejenigen die zweisprachig sind den Vorrang haben, im Interesse für unsere Begriffe des Patienten. Das Gesetz, so formuliert erreicht auch vollkommen seinen Zweck, denn wenn zuviel Ärzte um diese Volontärsmöglichkeit ansuchen, dann muß sowieso eine Auswahl getroffen werden. Deshalb glaube ich, Kollegin Klotz, daß es richtig ist, hier - wie ja auch die Kollegen von der Alternativen Liste es vorgeschlagen haben -, einen Zusatz zum Absatz 2 zu machen, denn es geht nicht darum, daß hier jemand ausgeschlossen wird, sondern es geht um die Zulassungskriterien, d.h. mit anderen Worten durch eine Durchführungsverordnung werden diese Zulassungskriterien festgelegt und es ist ganz klar, daß in dieser Durchführungsverordnung dieser Grundsatz wiederholt wird, daß alle diejenigen, die im Besitze des Zweisprachigkeitsnachweises sind, den absoluten Vorrang haben. Infolgedessen glaube ich, daß hier der zweite Absatz der richtige Absatz ist.

Kollegin Barbiero, es ist nicht so, über sehr vieles kann man so und anders denken. Was ich in meiner Stellungnahme angekreidet habe, ist, daß man eher den Versuch macht und denjenigen behilflich ist, die aus irgendwelchen Gründen nicht alles dazugetan haben, in den Besitz bestimmter Voraussetzungen hier zu kommen, sondern daß immer wieder und sehr stark der Versuch gemacht wird, alle Bestimmungen, die wir uns für dieses Zusammenleben gegeben haben und die wir als richtig erachten, im Interesse von zwei, drei Leuten zu unterlaufen. Generelle Bestimmungen, die sehr viel zum Zusammenleben hier beitragen, werden immer aus dem Interesse desjenigen, der irgendwo diese Realität, die wir hier im Lande haben, nicht zur Kenntnis genommen hat, versucht man diese Bestimmungen zu unterlaufen.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Rag. ROLANDO BOESSO

VORSITZ DES RPÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Mettiamo in votazione l'emendamento Saurer/Kaserer: approvato a maggioranza con 5 voti contrari e 3 astensioni.

Chi chiede la parola sull'art. 1 nel suo complesso? Se qualcuno desidera parlare altrimenti vorrei chiedere un chiarimento all'Assessore.

Quando si dice quel 15% nella relativa struttura si intende tutto il complesso delle USL o i singoli reparti, per esempio se uno vuole andare in chirurgia o vuole andare in pediatria, insomma il 15% a San Maurizio, il 15% a Brunico. E' così, no? Grazie, è tutto chiarito.

Qualcun altro chiede la parola? Consigliere Langer.

LANGER (AS): Danke, Herr Präsident! Ich hätte noch einen Zweifel zum zweiten Absatz. Da heißt es: "Falls die Anfragen die Möglichkeit der Zulassung zum Volontariat übersteigen sollten, werden die Auswahlkriterien sowie die Vorgangsweise usw. durch Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz geregelt." Jetzt ist es ein allgemeiner Rechtsgrundsatz, daß immer dann, wenn das Gesetz bestimmte Dinge den Durchführungsbestimmungen überläßt, daß im Gesetz zumindest Kriterien angegeben sind. Das scheint mir ein bißchen bedenklich zu sein. Hier ist nicht herauszuhören, ob nun z.B. den Bedürftigen der Vorzug gegeben werden soll, ob z.B. den Tüchtigen, also den sprachlich besser ausgewiesenen der Vorzug gegeben werden soll, ob z.B. der Vorzug nur aus den Erfordernissen des Dienstes her, also z.B. die interne Medizin Erste Hilfe oder so braucht. Ich habe den Eindruck, daß hier eine Blankonorm drinsteht, die gewissermaßen kein Kriterium für die Durchführungsbestimmungen enthält. Das scheint mir ein bißchen bedenklich unter dem Gesichtspunkt des allgemeinen Verhältnisses zwischen Gesetz und Durchführungsbestimmungen.

SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP): Es existieren Normen, wie die Aufnahme des Personals bei den Sanitätseinheiten zu tätigen ist. Ich glaube, daß man per Analogien sich an diesen Normen zu orientieren hat, wobei z.B. die Arbeitslosigkeit eine bestimmte Rolle spielt, wobei die wissenschaftlichen Titel eine bestimmte Rolle spielen. Es sind alles Dinge, die in den Gesetzen bereits vorhanden sind. Ich glaube schon, daß man, wenn man diese Kriterien erläßt bzw. wenn man so ein Gesetz verabschiedet, dieses Gesetz unbedingt sehen muß, im Gesamtzusammenhang der Gesetze, die für das Gesundheitswesen gelten. Das ist jedenfalls unsere Meinung. Also würde ich sagen, daß es nicht übel gewesen wäre, diese Kriterien einzeln hier zu wiederholen, aber ich glaube - und das ist auch die Meinung meiner Mitarbeiter -, daß die Norm so wie sie ist genügt, weil ja auch die anderen Gesetze des Gesundheitswesens hier natürlich immer eine bestimmte Geltung haben.

PRESIDENTE: Mettiamo in votazione l'art. 1: approvato a maggioranza con voti contrari e 3 astensioni.

Art. 2

Norme finanziarie

- (1) Per la concessione di contributi mensili ai sensi della presente legge è autorizzata a carico dell'esercizio finanziario 1988 la spesa di Lire 600 milioni.
- (2) Alla copertura dell'onere indicato al comma precedente si provvede mediante riduzione di pari importo del fondo globale iscritto al capitolo 102115 dello stato di previsione della spesa per l'anno finanziario 1988 (partita n. 6 dell'allegato n. 3 al bilancio).
- (3) La spesa a carico degli esercizi finanziari successivi sarà stabilita dalla legge finanziaria annuale.

Finanzbestimmungen

- (1) Für die Gewährung von monatlichen Beiträgen im Sinne dieses Gesetzes wird zu Lasten des Haushaltsjahres 1988 die Ausgabe von 600 Millionen Lire bewilligt.
- (2) Die Deckung der im vorhergehenden Absatz angeführten Ausgabe erfolgt durch Verminderung um den gleichen Betrag des Sammel fonds, der im Kapitel 102115 des Ausgabenvoranschlags des Finanzjahres 1988 eingetragen ist (Ziffer 6 der Beilage 3 zum Haushalt).
- (3) Die Ausgabe zu Lasten der nachfolgenden Haushaltsjahre wird mit dem jährlichen Finanzgesetz festgelegt.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola sull'art. 2? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 5 astensioni.

Art. 3

Variazioni al bilancio 1988

- (1) Nello stato di previsione della spesa per l'anno 1988 sono introdotte le seguenti variazioni sia in termini di competenza che di cassa:

in aumento:

cap. 52420 - (di nuova istituzione)

spese per contributi mensili a favore
dei medici che esercitano il volontariato

COD/5.2.-1.5/2.1.141.2.08.08/

Lire 600.000.000

in diminuzione:

cap. 102115 - Fondo globale per far fronte ad oneri
derivanti da nuovi provvedimenti legislativi (spese correnti)

COD/10.2.-1.9/1.1.190.1.12.32/

Lire 600.000.000

Änderung zum Haushalt 1988

- (1) Im Ausgabenvoranschlag für das Finanzjahr 1988 werden folgende Änderungen in der Kompetenz und in der Kassa eingeführt:

Erhöhung:

Kap. 52420 - (neu eingeführt)	
Ausgaben für monatliche Beiträge für Volontärärzte	
KOD/5.2.-1.5/2.1.141.2.08.08/	Lire 600.000.000
Verminderung:	
Kap. 102115 - Sammelfonds zur Deckung von Auslagen, die mit neuen Gesetzgebungsmaßnahmen verbunden sind (laufende Ausgaben)	
KOD/10.2.-1.9/1.1.190.1.12.32/	Lire 600.000.000

Chi chiede la parola sull'art. 3? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 5 astensioni.

Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Consigliere Klotz.

KLOTZ (SHB): Ich werde diesem Gesetz zustimmen, und zwar weil es selbstverständlich eine Notwendigkeit ist, hier eine Lösung zu treffen, gerade denjenigen Jungärzten eine Möglichkeit zu geben, wenigstens vorübergehend in ihrem Beruf arbeiten zu können. Denn es ist ja eine besondere Voraussetzung, daß sie tatsächlich auch die praktische Möglichkeit der Anwendung ihrer Erfahrungen haben, um sich auch in diesem Bereich fortbilden zu können.

Mich hat die Aussage von Landesrat Bolognini erschüttert, die eigentlich wie eine Drohung geklungen hat. Er hat gesagt, ja so schafft man Rückverweisungsgründe und so könnte das ein Grund sein...

BOLOGNINI (DC): (Interrompe)

KLOTZ (SHB): Ja, Sie haben das gesagt, im Zusammenhang mit der Aufnahme des Abänderungsantrages Ihres Kollegen Saurer, betreffend den Vorrang derjenigen, die den Zweisprachigkeitsnachweis erbringen. Es hat wie eine Drohung geklungen. Dem könnte man entnehmen, daß er seinerseits eventuell in Rom dafür sorgen würde, daß das als Rückverweisungsgrund betrachtet wird. Ja, so hat Ihre Aussage in meinen Ohren geklungen. Wenn dem nicht so ist, dann ist es in Ordnung, Herr Landesrat Bolognini, dann ist es geklärt, aber für mich war das eine handfeste Drohung. Ich hoffe, daß das nicht den Tatsachen entspricht, sondern daß dieses Gesetz durchgeht, damit vielen Jungärzten möglichst bald neue Möglichkeit eröffnet wird.

LANGER (AS): Danke. Der Landesrat Saurer hat vorher in der Diskussion gesagt, daß er es bedauert, daß so oft bei Sanitätsgesetzen über Zweisprachigkeit, Proporz und ähnliche Bestimmungen diskutiert wird, statt über Sanität. Heute wäre ein Anlaß gewesen, das zu vermeiden. Bis heute um 12.07 ist über Sanität diskutiert worden, ist über die Jungärzte diskutiert worden, über deren Ausbildung, über den Volontariatsdienst usw. Dann ist der Antrag in Diskussion gekommen, man möge denen den Zwei-

sprachigkeitsschein als Zwang auferlegen und ab dort ist dann leider nicht mehr über die Volontärärzte diskutiert worden. Jetzt frage ich wirklich, lieber Herr Landesrat Saurer, ob nicht von seiten der Landesregierung oder, wie wir diesmal hören, von seiten einer Partei, die sie bildet, denn die anderen haben sich davon ja losgesagt, nicht wirklich immer wieder systematisch gerade sanitätspolitisch wichtige Gesetze ethnisch überfrachtet werden. Das kommt immer wieder vor. Wir können uns nicht erwehren, daß jemand ausgerechnet Ihnen, Ihrem Assessorat, vielleicht auch Ihnen als Person immer wieder eine Art blinden Passagier mitgeben will, daß man immer gerade in Sanitätsgesetze völlig unnötige, sachlich nicht gerechtfertigte Ethnospitzfindigkeiten miteinwaggoniert. Wir haben das bis jetzt bei so vielen Sanitätsgesetzen gefunden, daß es uns immer wieder leid getan hat, bei Gesetzen, die wir an und für sich von der Sache her für gut und sinnvoll halten, daß wir uns dann immer wieder an solchen Bestimmungen stoßen müssen. Deswegen, lieber Herr Landesrat Saurer, wenn Sie vielleicht in Zukunft denjenigen Ihrer Kollegen, die unbedingt die Sanitätspolitik als ethnisches Exerzierfeld hernehmen wollen, empfehlen würden, einmal auf etwas anderes auszuweichen und es lieber einmal anderswo zu versuchen, sollen sie es wenschon in der strikten Personalpolitik versuchen, oder es zumindest statutarisch irgendwie abgedeckt ist. Dann würden wir liebend gern endlich bei Sanitätsgesetzen nur über Sanität reden.

Wir werden jedenfalls jetzt nicht mehr für dieses Gesetz stimmen können, wie ich noch heute früh angekündigt habe und wie wir es gerne getan hätten, wenn der Kommissionstext so erhalten geblieben wäre, wie er heute vormittag hier in diesem Landtag vorlag. Danke.

MITOLO (MSI-DN): Signor Presidente, egregi colleghi. Noi in Commissione avevamo dato voto favorevole a questa legge perché i fondamenti ed il principio a cui si ispira contenevano fatti innovativi sotto certi aspetti, sicuramente nei confronti delle situazioni e delle possibilità che hanno in altre Provincie i giovani neolaureati. Credo che questa sia l'unica legge nazionale che prevede agevolazioni di questo tipo. In effetti la discussione, tutto il procedere, l'iter per il varo di questa proposta si era mantenuta nei limiti puramente accademici. Ci si era soprattutto preoccupati di quelli che sono effettivamente i problemi delle strutture ospedaliere e l'esigenza di aiutare i giovani medici. In particolare si era tenuta presente la condizione della Provincia, in modo particolare per effetto delle situazioni concrete dei vari ospedali che sono carenti o quanto meno hanno qualche difficoltà nel reperire in certi reparti ed in certe divisioni giovani di valore. Direi che ci eravamo mantenuti più che altro su di un piano di carattere esclusivamente tecnico.

Oggi l'introduzione di questo emendamento ha capovolto completamente la situazione e naturalmente è nato il problema politico. Non ci si deve meravigliare, come mi è parso abbia fatto l'Assessore, perché di fronte a queste situazioni, ponendosi il problema politico, per forza di

cose le forze politiche prendono le loro posizioni; saranno posizioni ideologiche, forse dogmatiche, ma sono inevitabili. Quando poi nel prosieguo della discussione non trovano nemmeno il conforto di una attenta considerazione da parte di chi di dovere, e cioè da parte della maggioranza di questo Consiglio, non ci si può aspettare altra soluzione che il voto contrario come il nostro.

FRASNELLI (SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ganz kurz. Die SVP-Fraktion stimmt diesem Gesetzesentwurf zu. Wir wissen, daß wir von einer bestimmten Realität auszugehen haben. Die Volontärärzte in Südtirol sind beschäftigt. Warum diese Volontärärzte in Südtirol beschäftigt sind, das wissen wir. Nicht zuletzt hängt dies zusammen mit den ganzen Schwierigkeiten, die im Rahmen der Personalaufnahmen im sanitären Bereich festzustellen sind und daß dadurch, durch diese Regelung doch eine Linderung und eine Regelung eingebracht wird.

Uns scheint es selbstverständlich zu sein, daß diese Volontärärzte, die jetzt einen Beitrag bekommen sollen, im Ausmaß dessen was im Gesetz angeführt wird, vor allen Dingen in den Mangelbereichen zum Einsatz kommen, die in unserer Sanitätsversorgung allenthalben festzustellen sind. Des weiteren ist die Auszahlung bestimmter Geldmittel natürlich auch begründet, weil wir analog bereits Beiträge für bestimmte Ärzte- oder Jungärztekategorien vorsehen, ich möchte nicht näher darauf eingehen, weil sie ja im Einleitungsbericht des Gesetzesentwurfes im Detail aufgeführt sind. Nur jetzt hier festzustellen und wieder einmal gewissermaßen unisono, alternative Linke und nicht alternative Rechte unisono davon zu sprechen, die Christdemokraten haben vor allen Dingen nicht so sehr den Inhalt, sondern - so wie ich es verstanden habe - die Methode die irgendwie einmal abgelaufen ist, angeprangert, jetzt feststellen zu wollen; noch einmal, unisono alternative Linke und die neofaschistische Partei, wir würden uns hier auf das Gebiet ethnischer oder sprachlicher Experimente einlassen, bzw. wir würden eine Überfrachtung sprachlicher und ethnischer Natur dieses Gesetzesentwurfes betreiben, den Herren, dem einen wie dem anderen muß ich schon sagen, daß wir, eben weil wir keine ethnischen und sprachlichen Experimente in diesem Bereich haben wollen, wir unseren Patienten garantieren wollen, daß sie sich einem Dienst gegenübergestellt sehen, der Zweisprachigkeit garantiert. Daher - und weil es einem elementaren Bedürfnis der Patienten entspricht - ist diese Bestimmung in das Gesetz mit aufgenommen worden und wir weisen diese Aussagen der beiden Herren gerade aus volklichen und sprachlichen Gründen entschieden zurück.

Aus der Gesamtüberlegung heraus und mit diesen Bemerkungen stimmt die SVP-Fraktion diesem Gesetzesentwurf zu. Danke, Herr Präsident!

BARBIERO-DE CHIRICO (PCI): Ho già detto prima che il mio voto non sarà favorevole alla legge, anche se lo sarebbe stato se non ci fosse stato questo emendamento. In Commissione del resto la legge era passata all'unanimità. Era sicuramente una buona legge e credo che chi nella SVP

ha ispirato l'emendamento contestato porti una doppia responsabilità.

Primo, introduce un elemento di tensione tra i giovani medici e di conseguenza lo introduce anche nelle loro famiglie e quindi nel complesso della società. Seconda responsabilità: non facilita il volontariato né i servizi sanitari, ed anche questa è una responsabilità che secondo me ha portato nella SVP all'ispirazione di questo emendamento. Nel gruppo SVP si sapeva di operare una forzatura. Questo è evidente, perché altrimenti il disegno di legge sarebbe stato presentato con questa formulazione già dall'inizio. Così però non è stato, e credo che la contestazione del capogruppo della DC non sia solo metodologica, altrimenti non avrebbe detto che introducendo questo emendamento si introduce di conseguenza anche un elemento di tensione.

CONSIGLIERE: (Interrompe)

BARBIERO-DE CHIRICO (PCI): Io le dico che è una contestazione metodologica che però è anche una contestazione di merito, perché altrimenti l'assessore Bolognini non avrebbe detto che si introduce un elemento di tensione in un momento difficile. Io dico quindi che la SVP sapeva di operare una forzatura, ha avuto un momento di esitazione di fronte alle nostre contestazioni. Purtroppo nella SVP ancora una volta è prevalsa la voglia, la volontà di operare questa forzatura e quindi ancora una volta sono prevalse quelle forze che secondo me giocano un pochino a tirare troppo la corda. Facendo in questo modo si introducono elementi di tensione. Non si venga poi a piangere se il 20 novembre i risultati non saranno quelli che portano rasserenamento. Le responsabilità questa volta sono tutte della SVP, soprattutto di quella parte di essa che ancora una volta ha avuto la meglio, che non gioca certo a portare rasserenamento.

Il nostro voto non sarà quindi più favorevole come era stato in Commissione.

BOLOGNINI (Assessore alla tutela dell'ambiente e trasporti - DC): Brevissima dichiarazione di voto per dire che il gruppo della DC voterà a favore di questo disegno di legge.

Il voto a favore era scontato perché la sostanza di questo disegno di legge, che è assolutamente positiva, è una sostanza che viene solo marginalmente toccata da questo emendamento, anche se questa marginalità ha rilevanza politica proprio per il tipo di cassa di risonanza che immediatamente attorno a questi problemi, a casa nostra, in queste contingenze, si viene a creare. Questa era la delicatezza politica che, secondo me, andava colta con estrema attenzione, anche se mi rendo conto di quali possono essere state le motivazioni che stanno alla base non dico del ripensamento, ma della decisione del collega Saurer di presentare un emendamento di questo genere. Viviamo tutti in questa terra, conosciamo tutti le situazioni reali all'interno del nostro ambiente e quindi ci possiamo rendere conto, penso con sufficiente lucidità, di quali sono gli elementi

o le situazioni che ogni tanto possono concorrere a determinare anche delle nuove attenzioni che in un primo momento non erano state sufficientemente valutate.

Era ed è certamente un problema di metodo che mi ha indotto a fare la mia precedente dichiarazione, ma di metodo politico, che quindi ha rilevanza politica al di là dell'episodio di per se stesso, anche se debbo convenire che proprio alcune dichiarazioni che si sono susseguite in merito a questa vicenda hanno però sostanzialmente riproposto antichi temi ed antiche modalità: prendere distanza con facilità da problemi che poi sono quelli reali della nostra terra.

È indiscutibile che il fatto di mettere a disposizione, anche a livello di volontariato, medici nelle condizioni di dialogare nelle due lingue con i pazienti, significa un risultato al positivo e questo nessuno l'ha negato. È chiaro quindi che una linea di preferenzialità all'interno di una norma di questo genere si sarebbe dovuta individuare. Certamente proprio le dichiarazioni di voto che mi hanno preceduto hanno ancora una volta sottolineato la facilità con cui si scelgono i campi facili in materia di questa natura. Per questo motivo i colleghi della SVP avrebbero dovuto essere più cauti ed attenti nel valutare l'opportunità politica di un'iniziativa di questo genere.

Rimane quindi questo segno di scontentezza e di amarezza che è di metodo politico, metodo politico che a casa nostra ha rilevanza e che poi si intreccia in maniera precisa anche con la sostanza perché probabilmente discutendone con un attimo di calma, qualche forma più tranquillizzante si sarebbe potuto senz'altro individuare. Nego, collega Klotz, di avere mai fatto qualsiasi accenno ad un possibile rigetto di questo disegno di legge da parte dell'autorità governativa. La mia fantasia purtroppo è molto limitata e quindi non ho pensato a questo aspetto. Si vede che la collega Klotz è molto più dotata di me in materia. Ogni tanto la seguiamo con attenzione nelle sue peregrinazioni per quanto riguarda i problemi della convivenza locale, ed ancora una volta non ha saputo smentirsi. Io purtroppo come fantasia sono molto più modesto e chiedo scusa. Però questa non era assolutamente mia intenzione.

BOESSO (Presidente - PRI): Noi votiamo a favore anche se ci siamo astenuti sull'emendamento. L'ho votato per non far mancare il numero legale in quanto avremmo inceppato un po' tutti i lavori. Mi associo a quanto detto dall'assessore Bolognini. Una certa avvedutezza in certe applicazioni ci vuole. Se prima o poi non l'applichiamo qui non si costruisce nulla.

Voto a favore di questa legge anche se ho votato contro gli emendamenti. Abbiamo votato a favore di emendamenti che sono stati respinti e mi sono astenuto prima per non far mancare il numero legale. Voto a favore per tentare di costruire qualche cosa.

CONSIGLIERE: (Interrompe)

BOESSO (Presidente - PRI): Avevo chiesto io il numero legale. Io posso dire che manca il numero legale. Per favore, io Vi conto, e se manca il numero legale Vi mando tutti fuori. Quando manca il numero legale ho il potere di farlo.

CONSIGLIERI: (Interrompono)

PRESIDENTE: Caro Mitolo, é potere del Presidente quando manca il numero legale dire "riprendiamo tra mezz'ora". Non ho bisogno che lo chieda il consigliere Mitolo. In una votazione faccio le conclusioni e se manca il numero legale Vi mando una mezz'ora al bar.
Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: schede consegnate 21, sí 15, no 1, 5 schede bianche. La legge n. 194/88 é approvata.

La parola all'assessore Ferretti sull'ordine dei lavori.

FERRETTI (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC): Signor Presidente, chiedo l'anticipazione del punto all'ordine del giorno in cui é prevista la nomina della Commissione che dovrebbe coordinare i lavori per i danni alle autovetture. So che c'è già stato un incontro dei capigruppo. Chiedo l'anticipazione solo per quanto riguarda i danni alle autovetture, é l'art. 3 o 4 della legge, non ricordo...

MONTALI (MSI-DN): Sono due sedute che chiediamo questa anticipazione e ci é stato risposto che la maggioranza non ha espresso...

PRESIDENTE: Avevamo preso un impegno stamattina ai capigruppo, ma mi ero dimenticato che si doveva nominare la Commissione.

Allora passiamo al punto 47) all'ordine del giorno: "Nomina della commissione prevista all'art. 3 della legge provinciale 28 agosto 1988, n. 10".

Punkt 47) der Tagesordnung: "Ernennung der Kommission laut Landesgesetz Nr. 28 vom 10. August 1988".

Abbiamo tre nomi: quello della maggioranza in lingua italiana Antonio Serafini, abbiamo da scegliere fra Tribus e Meraner segnalati dalla minoranza in lingua tedesca. Adesso aspettiamo la comunicazione del consigliere Frasnelli e poi votiamo.

La parola al consigliere Frasnelli.

FRASNELLI (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Ich habe den Vorschlag des Landesrates Ferretti vernommen, ich stelle mir nur die Frage, ob dies gemäß Geschäftsordnung möglich ist, wenn nicht ein bestimmter Konsens hergestellt ist, da ja gemäß Geschäftsordnung Tagesordnungspunkte, die nach Beschlußanträgen kommen, nicht von Gesetzesentwürfen vorgezogen werden können. Hierzu bedarf es einer ganz speziellen qualifizierten Mehrheit. Ich ersuche also, bevor wir hier länger hin und her diskutieren, daß diese Frage, dieser Antrag des Landesrates Ferretti geschäftsordnungsmäßig abgeklärt wird.

Nun, zum Meritum des Antrages möchte ich nur hinzusagen, daß die Landtagsfraktion der SVP sich mit diesem Problem befaßt hat und die Meinung erhärtet werden konnte, auch nach Rücksprache mit Koalitionspartnern, daß bei einer Kommission, die aus fünf Mitgliedern besteht, der ethnische Proporz im Verhältnis 4:1 oder 1:4 anzuwenden ist. Dies möchte ich auch hier festgestellt haben und als Letztes dem Präsident gegenüber die Bestätigung ausgesprochen haben, daß die Südtiroler Volkspartei bereit ist, ihre drei Vorschläge einzubringen, die heute vormittag bei der Fraktionsführersitzung noch nicht vorhanden waren. Aber man möchte geschäftsordnungsmäßig abklären, ob dieses Vorziehen möglich ist oder nicht. Danke.

PRESIDENTE: Qui non c'è nessuna anticipazione da fare perché noi ai capigruppo avevamo deliberato di votare nella mattinata anche interrompendo il discorso comunque alle ore 15. Poi mi sono dimenticato e Lei si era preso carico di dare i nominativi. Eravamo tutti d'accordo, pertanto non c'è da anticipare nulla, c'è da fare solo un adempimento. Lei mi deve dare solo i tre nominativi e poi passiamo alla votazione. I nominativi sono: per il cittadino di lingua italiana è stato proposto Antonio Serafini, le minoranze hanno proposto o il consigliere Tribus o il consigliere Meraner. Ovviamente non si deve mettere un nome nuovo nell'espressione della minoranza. La minoranza dev'essere l'uno o l'altro, che non venga fuori, per capirsi, il nome di Barbiero o di Mitolo, perché non sarebbe corretto. Voi avete proposto quei nomi come minoranza.

La parola al consigliere Frasnelli.

FRASNELLI (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sie haben darum ersucht, daß die Vorschläge der SVP bekanntgegeben werden und das werde ich sehr schnell tun. Nur muß ich noch einmal auf eine Feststellung zurückkommen, die ich eingangs in meiner früheren Intervention gemacht habe und dies deshalb, weil mir scheint, daß Sie diesen Einwand nicht akustisch mitbekommen haben. Ich bin gezwungen, vom genehmigten Landesgesetz auszugehen, indem unter Art. 3, Absatz 3, folgendes geschrieben steht. Die Ausbezahlung der Beiträge wird vom Landeshauptmann auf Vorschlag einer Kommission verfügt. Diese Kommission besetzt erstens aus dem Landesrat für öffentliche Fürsorge und Wohlfahrt oder einem von ihm Bevollmächtigten, der den Vorsitz führt, und zweitens aus vier vom Landtag ge-

wählten Mitgliedern. Die Kommission setzt sich also aus fünf Mitgliedern zusammen: der Landesrat der den Vorsitz führt und vier vom Landtag gewählte Mitglieder. Eins plus vier ist fünf. Im Absatz 4 des Art. 3 steht geschrieben: "Die Zusammensetzung der Kommission die aus fünf Mitgliedern besteht muß sich nach der Stärke der Sprachgruppen richten, wie sie im Landtag vertreten sind. In der Kommission muß auch die politische Minderheit vertreten sein. Berechnungen der SVP-Fraktion, die erhärtet wurden durch Aussagen der Koalitionspartner, haben ergeben, daß im Falle einer Kommission, die aus fünf Mitgliedern besteht, ein Volksgruppenverhältnis gemäß Landtagsproporz anzuwenden ist, im Ausmaß von 1:4. Dies heißt, ein Mitglied der Kommission ist Mitglied der italienischen Volksgruppe und vier Mitglieder sind Mitglieder der deutschen Volksgruppe. Das heißt, da der Landesrat als erstes im Gesetz genanntes Mitglied der Kommission italienischer Muttersprache ist, ist der Vorschlag des Landesrates Sfondrini, der den Namen Serafini hier vorgebracht hat, hinfällig und wir müssen also über vier Mitglieder abstimmen, von denen eines der politischen Minderheit angehört und das angehört der deutschen Volksgruppe ist und von drei Mitgliedern, die von der Mehrheit kommen und die ebenfalls der deutschen Volksgruppe angehören. Ich ersuche Sie, diese Berechnungen auch aus Ihrer Sicht zu bestätigen bevor wir zur Abstimmung schreiten. Unsere Berechnungen haben dies ergeben und unsere Koalitionspartner haben dies auch so bestätigt. Danke, Herr Präsident!

PRESIDENTE: Siamo in un passaggio molto sottile che riguarda anche la Commissione per il regolamento. Abbiamo già fatto un vecchio discorso, poi lo abbiamo accantonato. Il Presidente della Commissione la presiede ed é rimasto tutto immutato. Si trattava di sostituire o meno il consigliere Mitolo. Capisco la Sua attenzione e capisco che volete avere la maggioranza anche in questa Commissione. Voi avendo 3 persone della SVP, l'Assessore ed uno della minoranza, siete la maggioranza. Bisogna però leggere attentamente. La Commissione é composta dall'Assessore, ed é ai 4 membri che va la proporzionale.

Noi facciamo la Commissione della norma n. 137 che sarà presieduta da un sottosegretario, ma non farà mica parte della proporzionale anche quello? La faremo nei 7 elementi che sono 4 di lingua tedesca, 2 di lingua italiana ed 1 ladino. Questa é una cosa da chiarire. La sottigliezza é importante. Voglio sentire il parere di tutti. Lei ha espresso un giusto e motivato parere, ora sentiamo anche gli altri.

La parola al consigliere Langer.

LANGER (AS): Signor Presidente, io avevo chiesto se mi consente la parola sull'ordine dei lavori e mi duole il fatto che non mi sia stata concessa.

Correttamente il collega Frasnelli aveva ricordato che se non c'era accordo questo punto non poteva essere anticipato solo perché lo dice il Presidente. Volevo solo fare presente che il nostro gruppo non si oppone

e che siamo disposti a tirarci da parte. Volevo dirlo perché non volevo che questo costituisse un precedente per cui basta che il Presidente dica che un punto va anticipato ed a quel punto tutti devono sentirsi precettati.

In secondo luogo, quando Lei signor Presidente mi darà la parola vorrei intervenire anche sul merito. Mi prenoto, e Lei mi darà la parola quando riterrà opportuno farlo. Grazie.

PRESIDENTE: Questa mattina ai capigruppo eravamo tutti d'accordo di votare questo appena possibile, appena il capogruppo solleva la riserva sui nomi. Io allora ritenevo che l'anticipazione fosse già decisa di fatto all'unanimità dei capigruppo.

Chiarito questo piccolo malinteso, la parola all'assessore Ferretti.

FERRETTI (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC): Capisco che il problema signor Presidente non è semplice. Questa Commissione è composta dall'Assessore che questa volta è di lingua italiana e da quattro membri.

Chiedo se è la composizione della Commissione globale e quindi il Consiglio provinciale a rendere dipendenti le sue elezioni dall'Assessore che potrebbe anche cambiare competenze e quindi cambiare gruppo linguistico in quanto è delegato, oppure se il Consiglio provinciale è così geloso della sua prerogativa di eleggere i consiglieri e di elegerli per sempre a prescindere dal gruppo linguistico dell'Assessore e quindi la proporzionale va applicata sui 4. Io dico che se proprio doveva essere che questa Commissione aveva una proporzionale riferita non ai 4 più 1 ma ai 5, a quel punto noi avremmo proposto che la Commissione fosse fatta di tre persone, l'Assessore e due del Consiglio, perché non avremmo raggiunto il massimo dello svantaggio, perché con sei persone la proporzionale era sicuramente di due di lingua italiana, con quattro sicuramente di uno e con cinque rimane di uno ed abbiamo il massimo dello svantaggio.

Se teniamo conto che questo Consiglio provinciale ha vissuto per i gruppi linguistici le vicende alterne che riguardano la posizione dell'uno o dell'altro personaggio in quanto eravamo in regime precedente alla proporzionale, qui è corretto applicare la proporzionale nel Consiglio. Ci rendiamo allora conto della alleatorietà che una soluzione che fosse legata alla posizione dell'Assessore e che quindi vincola il Consiglio creerebbe. Io non do una soluzione definitiva. Mi pare che sia la prima volta che si pone questo problema e mi chiedo se il Consiglio può abdicare ad applicare la proporzionale sui membri che lui elegge, che sono 4 e non 2. Tra l'altro l'indicato di lingua italiana appartiene alla maggioranza.

Si badi bene, al fine di evitare l'intervento un po' emotivo ed impetuoso di qualche collega del Consiglio, che il problema non lo pongo perché casualmente questa volta sono 2 di lingua italiana. In altri con-

sessi potrebbe accadere esattamente l'opposto, compreso l'esempio che ha citato il Presidente. Lo pongo perché è un problema. Noi dobbiamo raggiungere la proporzionale per gli esponenti di tutta la Commissione. Ad esempio la Commissione dei 6 è una Commissione paritetica e noi quando andiamo ad indicare i nostri rappresentanti in quella Commissione ne nominiamo 2 di lingua tedesca ed 1 di lingua italiana. Dobbiamo considerare i membri che vengono nominati qui?

Supponiamo che per qualsiasi ragione mi venga tolta la competenza, oppure io non abbia più queste competenze. Il Consiglio sarebbe costretto a rifare completamente la Commissione perché non si potrà chiedere al consigliere Serafini o al consigliere Tribus qualora venissero eletti, di dimettersi. Oppure che io non partecipando alla Commissione intenda delegare il mio capo ripartizione che è di lingua tedesca, o il mio direttore di ufficio neominato che è anche di lingua tedesca, questo è il problema! Siamo attenti perché la questione non è di lana caprina ma è una questione su cui riflettere un attimo. Per la verità, io avevo condotto tutte le mie riflessioni in questo senso ed avevo pazientemente atteso che i capigruppo affrontassero l'argomento. Ero stato reso edotto che c'era il nominativo di questo signor Antonio Serafini indicato dal socialista Sfondrini e ritenevo che il problema fosse stato risolto. Io non partecipo alle riunioni di capogruppo e non è detto che debba essere informato di ciò che lì viene deciso. Sapevo esattamente che era stato fatto questo nominativo ed ho chiesto l'anticipazione perché ritenevo risolto il problema. Non era per sollevare una questione che a mia sorpresa è stata sollevata dal collega della SVP. Non ritengo che sia una cosa di cui sbarazzarsi in quattro e quattro otto, anche se la legge sembra chiara. Si tratta di capire se io ho il diritto di delegare, se sono obbligato a delegare uno di lingua italiana che magari non è il competente nella materia e quindi solo perché è di lingua italiana, e se il Consiglio mantiene il diritto di nominare lui nei suoi in proporzione. Signor Presidente anch'io vorrei parlare e non vorrei dover continuare ad alzare di più la voce. Se il Presidente permette, se il Consiglio può abdicare al diritto di nominare secondo la sua proporzionale. Questi sono i principi di fondo.

Non esprimo un'opinione definitiva anche se una tendenza traspare, ma di fronte ad argomentazioni certe sono disponibili anche ad accettare un altro modo di operare, e cioè che ci sia uno di lingua italiana di sicuro, per il momento è l'Assessore, e gli altri di lingua tedesca. Si sappia però che a questo punto il Consiglio soggiace alle decisioni della Giunta e se io un giorno delego, poiché non è detto che devo delegare per linee linguistiche ma per linee di competenza, il direttore di ripartizione o il direttore d'ufficio di lingua tedesca, immediatamente la Commissione non ha più la rappresentanza linguistica.

BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung und geförderten Wohnbau - SVP): Ich habe das Wort verlangt, weil angesichts des Standpunktes, den

der Kollege Ferretti hier dargestellt hat, es unbedingt notwendig ist ihm zu widersprechen, denn für mich ist der Fall wirklich eindeutig klar, aufgrund des Textes des Gesetzes. Anhand des Gesetzes gibt es da keine andere Auslegung. Das Gesetz spricht von Kommission und die Kommission ist zusammengesetzt aus, und fängt mit dem zuständigen Landesassessor an und sagt dann noch dazu, daß die Kommission, was die ethnische Seite betrifft, gemäß Landtag zusammengesetzt sein muß. Diese Kommission besteht aus fünf Mitgliedern einschließlich dem zuständigen Landesrat. Wenn das alles was Sie vorgebracht haben, dann hätte das alles formuliert werden. Falls Sie ersetzt werden durch einen deutschen Landesrat, dann muß einer abgerufen werden. Aber es ist meiner Ansicht ganz klar, so wie das Gesetz verfaßt ist, gibt es keine andere Lösung. Dann hätte eben das Gesetz anders verfaßt werden müssen. Aber so ist es so klar, daß es wirklich meiner Ansicht nicht viel Sinn hat, darüber zu streiten, wenn wir alle dieselbe menschliche Vernunft besitzen. Danke.

LANGER (AS): Danke, Herr Präsident! Ich möchte mich zu zwei Aspekten dieser Frage äußern. Einmal zur Frage des Minderheitenvertreters und dann zu dieser leidigen Proporzfrage.

Zur Frage des Minderheitenvertreters. Wir haben es als eine positive Errungenschaft betrachtet, daß in diesem Gesetz vorgesehen ist, daß ein Vertreter der politischen Minderheiten drin sein muß. Wie Sie verstehen werden, ist es immer sehr schwer, in Gremien einen Vertreter der politischen Minderheit zu entsenden, weil die politischen Minderheiten verschieden sind und an sich normalerweise nicht auf einen Nenner zu bringen sind. Das heißt also, wenn z.B. irgendwo eine total rechtslastige Regierung wäre und die ganze Opposition von links käme oder umgekehrt, dann wäre es vielleicht um etwas leichter, aber in einer Situation wie bei uns, wo die Minderheiten aus fünf bis sechs verschiedenen Fraktionen betehen, je nachdem ob man die Republikaner dazurechnen will oder nicht, jedenfalls eine Pluralität widerspiegeln, ist es sehr schwer, einen Minderheitenvertreter namhaft zu machen. Nun haben sich die Minderheitenvertreter mit Ausnahme des Landtagspräsidenten Boesso zu einer gemeinsamen Sitzung getroffen und dabei besprochen, welcher Kandidat namhaft zu machen sei. Es wurde ein gemeinsames Einvernehmen erzielt, daß in dieses Komitee, das über die Verwaltung des Gesetzes, über den Ausgleich der Attentatschäden wachen soll, daß in dieses Komitee ein deutschsprachiger Vertreter gewählt werden soll. Darüber war Einhelligkeit zwischen allen Minderheitenfraktionen. Wir haben dann darüber diskutiert, welche Person es sein sollte und es wurden innerhalb der Minderheitensitzung zwei Kandidaturen vorgebracht. Eine Kandidatur meines Fraktionkollegen Tribus und eine Kandidatur des Abgeordneten Meraners. In dem Minderheitentreffen hat sich folgende Orientierung ergeben: Für die Kandidatur des Kollegen Tribus, die so motiviert war, daß wir geltend gemacht haben, daß unsere Fraktion bis jetzt in keinem institutionellen Gremium außer in den Gesetzgebungskommissionen vertreten ist, also weder in der Geschäfts-

ordnungskommission, noch im Präsidium, noch in der Nord-Süd-Kommission, noch in anderen, haben also für die Kandidatur aus dieser Erwägung heraus ausgesprochen: die Fraktion der kommunistischen Partei, die Fraktion des MSI und die Fraktion fürs Andere Südtirol. Für die Kandidatur des Kollegen Meraner hat sich hingegen ausgesprochen: die Fraktion des Wahlverbandes des Südtiroler Heimatbundes und die Fraktion der Freiheitlichen Partei Südtirols. Nun sind wir in dieser schwierigen Situation, daß die Mehrheit sich den ihr genehmen Minderheitenvertreter aussuchen kann, was auch andere Male schon passiert ist, so z.B. im Wohnbaukomitee. Mir obliegt hier nur die Verpflichtung, den Landtag zu informieren, es ist peinlich, wir haben versucht, ob sich durch den Rückzug der einen oder der anderen Kandidatur das Feld bereinigen könnte. Das ist nicht passiert. Somit stehen wir vor zwei Kandidaturen, und ich erlaube mir, Sie zu informieren, welche Unterstützung diese Kandidaturen innerhalb der Minderheitsfraktionen erhalten haben.

Zweitens, die Proporzgeschichte. Mir scheint, Herr Kollege Frasnelli und Herr Landesrat Benedikter, auch im Anklang daran was wir heute vormittag in der Fraktionssprechersitzung besprochen haben, daß es eigentlich schon vernünftig ist zu sagen, der Landtag bemißt den Proporz nach den Vertretern die er benennt, nämlich die vier Vertreter. Der Vertreter der Landesregierung vertritt die Landesregierung, er darf ja in diesem Sinne nicht die Logik der einen oder anderen Sprachgruppe zur Geltung bringen, sondern der Vertreter der Landesregierung muß die Landesregierung als solche vertreten. Nicht weil es zahlenmäßig irgendwie einen besonderen Nachteil für die einen oder anderen ergeben könnte, aber es scheint mir aus grundsätzlichen Gründen auch für spätere Fälle, die sich ereignen sollten, doch so, daß wir darauf bestehen müssen, daß der Vertreter der Landesregierung in solchen Gremien die Landesregierung vertritt, unabhängig davon, welche Sprache er spricht, auch weil er ja vertreten werden kann. Zum Beispiel, wenn der Landeshauptmann selber irgendwo den Vorsitz in einer Kommission führt und gedenkt, sich vom einen oder anderen seiner Stellvertreter, die laut Statut verschiedener Muttersprache sein müssen, zu vertreten lassen, dann kann doch nicht deswegen der Rest seines Gremiums dann jedes Mal umgestellt werden. Und vor allem, eine schon gewählte Kommission, die vom Landtag gewählt ist, die Kommission die wir jetzt wählen dauert ja für dieses Ende der Legislaturperiode. Der neue Landtag wird eine neue...

ABGEORDNETER: (Unterbricht)

LANGER (AS): Wenn keine Attentate mehr sind, dann wird sie in Frieden und gerne verschwinden können. Aber jedenfalls, diese Kommission dauert nur, bis der neue Landtag besteht und eine neue Kommission ernannt. Aber es scheint mir schon sinnvoll zu sein, daß die Landesregierung als solche vertreten ist und daß die Mitglieder, die der Landtag benennt, d.h. diese vier Mitglieder so gut als möglich das Sprach-

gruppenverhältnis im Landtag widerspiegeln. Desegen schiene es mir sinnvoll, bei dem Vorschlag zu bleiben der auch heute vormittag in der Fraktionssprechersitzung, ohne daß Widerspruch - auch von Kollegen Frasnelli - angemeldet worden wäre, daß es dabei bleibt, daß als italienischsprachiger Vertreter Herr Toni Serafini namhaft gemacht worden ist, nachdem festgestellt wurde, daß das Gesetz nicht bindend einen Landtagsabgeordneten vorschreibt, daß von Minderheitenseite entweder, wie die Mehrheit der Minderheiten vorschlägt, Tribus gewählt wird oder, wie die Minderheit der Minderheiten vorschlägt, Meraner gewählt wird, aber jedenfalls ein deutschsprachiger Abgeordneter, und daß dann noch zwei weitere deutschsprachige Abgeordnete oder Vertreter gewählt werden, die die SVP zu benennen hat, und nicht drei. Das scheint mir ein vernünftiger und institutionell vertretbarer Standpunkt zu sein. Danke.

MONTALI (MSI-DN): Signor Presidente, io non intendo entrare nel merito di una interpretazione così profondamente giuridica a proposito della nomina di questa Commissione. Non intendo neanche evocare dalle tasche dell'assessore Benedikter le agende, perché mi sono stupito che in questa discussione così terra-terra, non abbia tirato fuori addirittura la citazione di tre sentenze della Corte Costituzionale interpretandole come fa lui.

Mi permetterei solamente di dire "questa Commissione cosa deve fare?" Pensate, il grossissimo problema che deve fare, a cui deve adempiere che è quello di controllare lo stato dei danni di coloro che sono stati colpiti da azione, valutabili secondo la dichiarazione della Magistratura del terrorismo. L'assessore Benedikter ed altri pretendano e vogliano in funzione di chissà quali interpretazioni giuridiche che a giudicare i danni guarda caso assessore Benedikter su 100 italiani, 100 italiani debbano essere a norma della sentenza XY 4 rappresentanti di lingua tedesca ed 1 solo di lingua italiana. Pensate quale peso, quale espressione del potere egregio signor Benedikter! Non so se mi sono fatto capire. Bene, 4 tedeschi per la legge dice che questa è la proporzione e l'interpretazione. Spero che non Le capiti mai di sostenere una tesi di questo genere per andare a valutare i danni di 100 cittadini di lingua tedesca. Andate, ma cosa direte di fronte alle fatture dei danni? Consigliere Kaserer, Lei l'altro giorno hai presentato - qui sei venuto a caso, perché dovevi stare zitto - quando si è parlato della legge sulla proporzionale che era riferita ai musei di lingua tedesca ed alle biblioteche di lingua tedesca, allora lì hai giustamente detto "cosa ci stanno a fare i rappresentanti di lingua italiana?". Lì andava bene assessore Benedikter l'interpretazione che Lei dà. E' inutile che si batta la testa! A Voi fa comodo quello che fa comodo, ed allora tira fuori le leggi, mentre per quello che non le fa comodo le leggi non le tira fuori.

CONSIGLIERE: (Interrompe)

MONTALI (MSI-DN): Lascia andare, siediti e spiegalo a Benedikter. A me lo vuoi spiegare? Comunque, per l'amor di Dio, fatela! Io assessore Benedikter direi sulla composizione di questa Commissione, che Lei dovrebbe fare un ricorso alla Corte Costituzionale che é la sede nella quale Lei risolve questi grossissimi problemi, perché 4 rappresentanti ed 1 invece che 3 e 2 determineranno una grossa tutela del gruppo linguistico tedesco, questa é la funzione della proporzionale, nella valutazione delle fatture dei danneggiati italiani con continui ricorsi tra il Consiglio di Stato. Tiri fuori la Sua agenda e citi le Sue sentenze. Andiamo avanti e vediamo quanti anni passeranno prima che si possa restituire ai danneggiati, secondo lo spirito della legge da Lei presentata 14 mesi dopo, nei confronti della cittadinanza colpita da questo fenomeno terroristico. Ha perso 14 mesi prima di presentare la Sua magnifica legge! Perdiamone altri 14 per designare o il quarto oppure il quinto componente di lingua tedesca di questa bellissima Commissione. La pregherei di non ridere quando noi diciamo queste cose, perché qui in questo comportamento, se c'è qualcuno che fa ridere, é lei!

PRESIDENTE: Vi pregherei di tenervi nell'argomento senza fare troppi apprezzamenti!

La parola all'assessore Ferretti.

FERRETTI (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC): Debbo ritornare sopra, perché altrimenti con troppa facilitá, siamo in un periodo delicato, qualcuno inizia a dire che l'intelligenza va adoperata in modo giusto, ed allora io credo che siamo tutti comunemente intelligenti ed ancora non ho scoperto il "Picco della Mirandola" all'interno di questo Consiglio.

Dico che il problema si pone, anche se la legge - ha ragione Lei consigliere Kaserer - é chiara. Adesso faccio un altro esempio. Se presiedesse questa Commissione, cosí poniamo un problema reale ed esistente, e fosse scritto quello che é scritto, o se presiedesse questa Commissione il collega Valentin, cosa facciamo? Togliamo la delega al collega Valentin dato che non ha diritto di starci dentro? Il problema c'è, sussiste, non é vero che non c'è, checché dica il collega Vicepresidente della Giunta Benedikter. E' vero che la legge é chiara ed é vero che nel caso specifico possiamo risolverlo nominando i 4 consiglieri di lingua tedesca. Ma c'è il dubbio che il Consiglio provinciale é costretto a tenere conto di un fatto esterno che potrebbe addirittura inficiare la validità della Commissione. Se il collega Valentin presiedesse questa Commissione essa non sarebbe conforme alla volontà del Consiglio. Se io delegassi, come é possibile, a presiedere, ed é possibile in altre occasioni - addirittura il collega Saurer ed il mio Vicepresidente in Commissione dove c'è la proporzionale - la Commissione per l'assistenza di base, quando presiede lui che cosa succede? Succede che la proporzionale non c'è più.

Voglio dirvi che il problema esiste ed é la prima volta che lo prospettiamo. Non é che ogni volta che uno pone un problema esistente, sia pure forse risolto nel caso contingente, debba essere ritenuto che ha proposto in maniera esplosiva una questione che volevamo porre sul tappeto perché siamo in periodo preelettorale. Va riflettuto sopra. A mio avviso quindi, quanto meno per il futuro, mi preme molto di più che la Commissione funzioni piuttosto che stare qui a disquisire se il quarto esponente deve o non deve essere di lingua italiana. Dobbiamo lasciare al Consiglio la facoltà di nominare i suoi membri come una proporzionale riferita a se stessi ed ai membri che elegge. Va riconosciuta questa facoltà. Se questa legge serve a richiamarci su questa opportunità, ne dobbiamo tenere conto perché abbiamo visto in questa legislatura come si sono avvicendate le competenze tra gli Assessori della SVP. Sarebbe potuto accadere che le competenze si avvicendassero tra gli Assessori della Giunta. Questo quindi non può essere un parametro, né può essere un parametro il fatto che la Giunta decida di fare una cosa o di farne un'altra per cui il Consiglio addirittura deve riadottare le sue delibere che mi pare abbiano una qualità essendo del potere legislativo. Sotto il profilo formale é identica alle delibere della Giunta, ma certamente é una qualità diversa per l'opinione più estesa sotto il profilo politico che esprimono. Il problema quindi c'è, anche se in questo caso può essere risolto secondo la lettera della legge perché dice: "La composizione della Commissione nel suo complesso deve adeguarsi al Consiglio".

Credo, e non parlo tanto al collega Benedikter con cui non sono in contrasto, ma parlo al Presidente del Consiglio che rappresenta il Consiglio, che quando si formano le leggi si sia vigili su questo aspetto perché non accada che il Consiglio sia costretto a subordinare le sue azioni alla Giunta che é un organo che il Consiglio elegge. Questo oggi possiamo risolverlo nominando anche i 4 di lingua tedesca, ma il problema tuttavia rimane, e questo può valere per il futuro e per qualche altra Commissione che nascesse in questo modo. Non ce ne sono poi molte, ma ci sono altre Commissioni dove c'è questo avvicendamento tra l'Assessore in lingua italiana e quello in lingua tedesca. Comunemente non si é mai fatto caso che ci fosse questo avvicendamento. Ci sono delle Commissioni dove l'Assessore può delegare e non é mai detto che deve delegare uno del suo gruppo linguistico, sia esso italiano che tedesco. Abbiamo appena fatto la legge per la Commissione della sanità di attuazione per il piano sanitario presieduta dall'Assessore, il Vicepresidente se io ricordo bene, il capo ripartizione che é di lingua italiana, ed allora non é vero che il problema non esiste.

KLOTZ (SHB): Herr Präsident! Ich wollte nur abwarten, ob Sie dem Wunsch des MSI nachkommen, die Sitzung zu unterbrechen, damit sie sich einig werden. Ich wollte in diesem Zusammenhang eigentlich nur sagen: Es ist eigenartig, daß diese Probleme und diese Auslegungsschwierigkeiten ausgerechnet jetzt kommen. Ich bin der Meinung, daß diesbezüglich schon

jene hätten für Klarheit Sorge tragen müssen, die den Gesetzentwurf eingebracht haben, daß die hätten wissen sollen, an welche Aufteilung sie denken. Im übrigen ist der Text hier sehr klar. Er spricht von Zusammensetzung der Kommission. Wenn das nicht eindeutig klar ist, daß die gesamte Kommission einbezogen ist, dann muß ich feststellen, daß ich nicht mehr lesen kann, wenn das der Fall wäre. Also, daß man da mit solchen Spitzfindigkeiten kommt und versucht, durch Interpretationen den Anschein einer Möglichkeit einer anderen Interpretation zu erwecken. Schon allein das sind intellektuelle Kapriolen, denen man mit normalem Hausverstand wirklich nicht mehr folgen kann. Aus diesem Grunde glaube ich, daß man da schon jetzt die Entscheidung treffen soll, gemäß vorliegendem Text und daß man im übrigen die gesamte Angelegenheit regeln muß, denn wir haben dieselbe Schwierigkeit mit der Zusammensetzung der Geschäftsordnungskommission. Das aber scheint mir, muß in der neuen Legislatur geregelt werden; heute kann man da nicht eine "causa" machen in einer Angelegenheit, die so sonnenklar ist.

KASERER (SVP): Kollege Montali ist jetzt nicht da, vielleicht ist es besser. Das, was er vorhin gesagt hat, paßt in keiner Weise zur Problematik. Wir haben keine andere Wahl, als bei der Bestellung dieser Kommission uns an das Gesetz zu halten. Landesrat Ferretti, ich verstehe schon das Problem, aber heute sollten wir diese Kommission so bestellen wie das Gesetz sie vorsieht und d.h. die Kommission insgesamt. Wir können nicht gegen das Gesetz handeln und den Vorsitzenden unabhängig von den Mitgliedern der Kommission bestimmen. Aufgrund des Proporztes kommt nur ein Italiener heraus. Wir haben heute keine andere Wahl. Ich schließe aber nicht aus, Landesrat Ferretti, daß man sich grundsätzlich über die Zusammensetzung der Kommissionen Gedanken macht. Kollege Ferretti, ich möchte nämlich eines nicht haben: Daß man uns die Schuld zuschiebt, daß die Beiträge an die von diesen Terroranschlägen betroffenen Autobesitzer nicht ausbezahlt werden können. Das kann niemand von uns hier verantworten. Diese Geschädigten haben aufgrund des Gesetzes ein Recht, diese Beträge zu erhalten. Wir sollten alles unternehmen, die Auszahlung zu beschleunigen. Ich bin überzeugt, daß wir das nicht innerhalb kurzer Zeit regeln können, aber eine Verzögerung der Auszahlung dieser Entschädigung ist nicht zu verantworten. Deshalb: reden wir nicht mehr lange darüber, sondern bestellen diese Kommission.

FRASNELLI (SVP): Nach Abklärung der Sachlage erlaube ich mir nun, namens der SVP-Fraktion die Namen der drei SVP-Vertreter, wenn ich das so sagen darf, dem Hohen Hause bekanntzugeben. Es handelt sich um Landesrat Mayr, Bürgermeister Franz Lösch und Abgeordneten Hubert Frasnelli. Danke, Herr Präsident!

PRESIDENTE: La Presidenza prende nota che ci sono sei candidature: da parte delle minoranze i consiglieri Tribus e Meraner, poi c'è il can-

didato di lingua italiana presentato dalla Giunta, Antonio Serafini, quindi tre nomi presentati dal capogruppo dell'SVP che sono l'assessore Mayr, il sindaco Franz Lösch e il consigliere capogruppo Hubert Frasnelli. Passiamo alla votazione.

Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: hanno votato 20 consiglieri, hanno ricevuto 12 voti l'assessore Mayr, 17 voti il sindaco Franz Lösch, 15 voti il consigliere Hubert Frasnelli, 17 voti Arnold Tribus, 1 voto Gerold Meraner, 8 voti Antonio Serafini. Pertanto sono eletti membri della Commissione il sindaco Franz Lösch, il consigliere capogruppo Hubert Frasnelli, Arnold Tribus e l'assessore Mayr.

La parola al consigliere Frasnelli sull'ordine dei lavori.

FRASNELLI (SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Mit Bezug auf den Art. 102 der Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages ersuche ich um Abstimmung über das Vorziehen des Tagesordnungspunktes 26: Landesgesetzentwurf Nr. 202/88: Abänderung zum Landesgesetz Nr. 87 vom 8. November 1973, Regelung der Seilbahnanlagen im öffentlichen Dienst. Danke, Herr Präsident.

LANGER (AS): Herr Präsident! Ich möchte nur die Frage erheben, ob wir nicht bei der Behandlung des Wohnbaugesetzes waren?

PRESIDENTE: L'assessore Benedikter é dovuto partire per Roma, si é trattenuto fino alle ore 17, si é scusato, ma ha un impegno domattina a Roma. Pertanto é assente giustificato.

LANGER (AS): Danke, Herr Präsident! Jedenfalls bitten wir dann um die schriftliche Abstimmung, weil wir uns dem Antrag Frasnelli widersetzen müssen aus den bekannten Gründen, weil die Tagesordnung weiterhin ad libitum des Fraktionsprechers der Mehrheit behandelt wird.

PRESIDENTE: C'é una richiesta di anticipazione del punto 26) all'Ordine del giorno. Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: hanno partecipato soltanto 16 consiglieri alla votazione, pertanto manca il numero legale.

La seduta é tolta.

ORE 17.17 UHR

S E D U T A 266. S I T Z U N G

28.9.1988

Sono intervenuti i seguenti Consiglieri:
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Peterlini (3,31)

Langer (8,13,22,24,26,33,35,42,45,51)

D'Ambrosio (9,16,18,24)

Saurer (11,21,25,27,28,32,33)

Klotz (15,30,35,49)

Meraner (17)

Mitolo (17,31,36)

Barbiero-De Chirico (20,29,37)

Frasnelli (25,37,41,50,51)

Tribus (28)

Bolognini (30,38)

Boesso (39,41,42)

Ferretti (40,43,48)

Montali (40,47)

Benedikter (44)

Kaserer (50).